

Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen

Die 6. Sitzung des Bauausschusses findet am

Mittwoch, 25.08.2021, 17:00 Uhr,

im Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal, statt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften
 - 1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 05.05.2021
 - 1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.06.2021
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Fußgängerüberweg Bürbacher Weg
6. Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422)
7. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen
- Zwischenbericht zur Potenzialflächenanalyse
8. Jährliche Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates
9. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040
10. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Hinweise zu Niederschriften
 - 1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 05.05.2021
 - 1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.06.2021

2. Bauaufsichtliche und planungsrechtliche Angelegenheiten
3. Projektbericht Städt. Hochbaumaßnahmen
 - 3.1 Sanierung Rundsporthalle Morgenröthe
- Sachstand -
4. Projektbericht Städt. Tiefbaumaßnahmen
5. Rad-/Gehweg Am Jähen Hain Hainer Hütte
6. Städtebauförderung "Stadtumbau West Geisweid"/„Wachstum und nachhaltige Erneuerung .- Siegen-Geisweid“
7. Vergabeangelegenheiten
 - 7.1 Siegen - Zu neuen Ufer, Neugestaltung Herrengarten
Abbruch Herrengarten 2 + 10
 - 7.2 Rund um den Sieberg
Sanierung der historischen Stadtmauer in den Bereichen
BA 5: Achsabschnitte A1 - A3, A5 - A7' und A31 - A31'

Rund um den Sieberg
Sanierung der historischen Stadtmauer in den Bereichen
BA 5: Achsabschnitte A1 - A3, A5 - A7' und A31 - A31'
 - 7.3 Ersatzneubau Ufermauer "Schulstraße", Eisern -1. Nachtrag-
 - 7.4 Erneuerung der Ufermauer An der Alche
Aktualisierung des Ingenieurvertrages
1. Nachtrag
 - 7.5 Fahrbahnsanierungen 2021
 - 7.6 Bertha-von-Suttner Gesamtschule Giersbergstr
 - 7.7 Bertha-von-Suttner Gesamtschule Giersbergstraße
 - 7.8 Gesamtschule Auf dem Schießberg, Ausbau Schulnetzwerk in der Verwaltung.

Gewerk: Trockenbauarbeiten / Akustikdecke
-Vergabe-
 - 7.9 Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule
Honoraranpassung Planungsleistungen Technische Gebäudeausrüstung
 - 7.10 Maurer- und Betonarbeiten

- 7.11 Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule
Vergabe
- 7.12 Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule
-Vergabe-
- 7.13 Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule
Vergabe
- 7.14 Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule
Gewerk Dachdecker- und Klempnerarbeiten
- 7.15 Montessorischule Siegen, Sanierung WC-Anlage und Erneuerung Decke Pausenhalle
Gewerk: Trockenbau
- 7.16 Sanierung der Rundsporthalle Siegen
Auftragserweiterung Lüftungstechnik
- 7.17 Sanierung der Rundsporthalle Siegen
Nachträge MSR
- 7.18 Schön und Gut - Werkstattgebäude 2 - Zimmerer- und Dachdeckerarbeiten
- 7.19 Schön und Gut - Werkstattgebäude 2 - Heizung-Sanitär
- 7.20 Kindertagesstätte Gläserstraße
Sanierung Waschraum/Toiletten und Küche
- 7.21 DigitalPakt - Vergabe Fachingenieurleistungen TGA - Elektro
- 7.22 Gruftenweg, Friedhof Lindenberg - Vergabe Metallrestaurierungen Gruftenanlagen
1 und 2
- 7.23 Erneuerung einer Hauptgas- und Haupttrinkwasserleitung auf dem Friedhof Her-
melsbach
- Gewerk Tiefbauarbeiten -
- Nachtrag-

8. VERSCHIEDENES

9. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter www.siegen.de abrufbar.

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 6. Sitzung des Bauausschusses

vom: **25.08.2021**

von: **17:06 Uhr**

bis: **18:10 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Bauausschuss:

Stv Heupel, Rüdiger	- als Vorsitzender
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
AM Dietrich, Erik	
AM Hellwig, Raimund	
Stv Keßler, Silvia	
AM Krämer, Hartmut	
AM Lohmeier, Heinz Werner	
AM Mäckeler, Bernd	
Stv Pfeifer, Joachim	
Stv Reifenrath, Frank	
AM Rothenpieler, Mark	
AM Schneider, Rainer	vertritt Grisse, Robert - ab 17.30 Uhr
Stv Schneider, Silke	vertritt Dil, Yilmaz
Stv Schulz, Jürgen	
AM Solms, Harold	vertritt Yousuf, Himat

Beratende Mitglieder:

AM Garcia Lopez, José-Antonio	vertritt Özcan, Kürsat
AM Katz, Heike	
AM Dr. Münch, Jochen	

Stv Langer, Günther

vertritt Herrn Grisse, Roland bis 17.30 Uhr

Von der Verwaltung:

StBR Schumann

Städt. BD Schreiber

- bis 18.45 Uhr

VA Krippendorf

VA Heide

VA Daub

- bis 18.10 Uhr

Frau Hohe

- Praktikantin Büro BM bis 18.15 Uhr

VA Mockenhaupt

- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Dil, Yilmaz

vertreten durch Stv Schneider, Silke

Stv Grisse, Robert

vertreten durch AM Schneider, Rainer

Stv Schwarzer, Michael

AM Yousuf, Himat

vertreten durch AM Solms, Harold

AM Özcan, Kürsat

vertreten durch AM Garcia Lopez, José-Antonio

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Herr Langer zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 3.1 des nichtöffentlichen Teils „Sachstand Sanierung Rundsporthalle Morgenröthe“ in öffentlicher Sitzung zu beraten, da ein nichtöffentlicher Sachstand im Hinblick auf das Interesse der Bevölkerung nicht nachvollziehbar sei.

Herr Schumann und Herr Heide führen aus, es handele sich um einen ständigen Tagesordnungspunkt, in dem auch über Sachstände berichtet werde, die nichtöffentlichen Charakter hätten. Eine Aufteilung, welche Bestandteile des Sachstandes öffentlich vorgetragen werden könnten, könne in einem laufenden Bauprojekt schwierig sein. Aus diesem Grund ständen auch die Sachstände über bau- und planungsrechtliche Angelegenheiten im nichtöffentlichen Teil.

Herr Langer kann diese Argumentation nachvollziehen, der Sachstand verbleibt im nichtöffentlichen Teil.

Weiter merkt Herr Langer an, wenn auch die Anzahl sicherlich pandemiebedingt sei, sei bei der Vielzahl von Tagesordnungspunkten eine sachgerechte Beratung nicht möglich.

In der derzeitigen Situation solle man aber auch nicht zu viele Sitzungen durchführen und die Verwaltung müsse weiterarbeiten können, so Herr Heupel.

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um den nachgereichten Punkt

2.1 Beschlussfassung Additive Beleuchtung (AT 37/2021)

Vorlage Nr. VL 490/2021

einstimmig zu.

Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

1. Hinweise zu Niederschriften

1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 05.05.2021

Herr Cziba kritisiert die Unvollständigkeit der Papierversion der Niederschrift.

Ansonsten werden keine weiteren Hinweise gegeben.

Hinweis der Verwaltung:

Die Anlagen der Niederschrift wurden entsprechend dem Hinweis in der Niederschrift der Originalfassung der Niederschrift und dem elektronischen Dokument beigefügt.

6. BA 25.08.2021

1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 02.06.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

6. BA 25.08.2021

2. Fragestunde

2.1 Beschlussfassung Adaptive Straßenbeleuchtung (AT 37/2021)

- Anfrage der Volt- Fraktion

Vorlage Nr. AF 56/2021

Zum Grundsätzlichen der Anfrage kritisiert Frau Schreiber die Aufnahme der Namen der Mitarbeiter in einer öffentlichen Anfrage. Sie stelle sich vor ihre Mitarbeiter, üblicherweise würden Anfragen an die Verwaltung und nicht konkret an Mitarbeiter gerichtet.

Herr Dietrich entschuldigt sich und bittet zu Protokoll, die Namen in der Anfrage zu schwärzen.

Die Verwaltung habe bereits ausgeführt, die Abteilung habe bis Juni 2023 nur eine Halbtagsstelle zur Verfügung. Die Beleuchtung innerhalb der Universitätsstadt Siegen verursache ein hohes Arbeitsaufkommen. Obwohl der Vertrag etwas anderes signalisiere, habe die Vertragsumstellung mit Westnetz einiges auf die Stadt verlagert. Seit Juni sei eine halbe zusätzliche Stelle mit einem Elektroingenieur auf einer Technikerstelle besetzt.

Sie habe den Bauausschuss informiert, dass die Anfrage an die Gruppe Smart City weitergeleitet worden und man dort 30.000 € Kosten für verschiedene Projekte angemeldet habe. Leider sei man bei dem BMI- Förderwettbewerb Modellprojekt Smart City nicht berücksichtigt worden.

Der Vertrag mit Westnetz laufe zum Ende des Jahres aus. Derzeit berate man gemeinsam mit Westnetz und den SVB über eine neue vertragliche Zuständigkeitsregelung. Ein Fachbüro werde beraten, wie man zielführend zum Ergebnis komme. Über die Jahre habe man die vorhandene Beleuchtung maximalst ausgenutzt. Über 400 Leuchten seien 40 Jahre und älter und müssten ausgetauscht werden. Ziel sei es, 13.000 Leuchten auf LED umzustellen, um CO² und Stromkosten einzusparen. Die additive Beleuchtung sei auch ein Punkt der Untersuchung. Die aufgeworfenen Fragen könnten derzeit noch nicht beantwortet werden. Man habe für die Dauer eines halben Jahres einen vertragsleeren Raum, so dass erst im 2. Quartal 2022 mit einer vollumfänglichen Antwort gerechnet werden könne, so Frau Schreiber.

⇒ *Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.*

6. BA 25.08.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

6. BA 25.08.2021

4. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen vor.

6. BA 25.08.2021

5. Fußgängerüberweg Bürbacher Weg

Vorlage Nr. VL 287/2021

Beschluss:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung, den Bau des Fußgängerüberweges Bürbacher Weg gemäß Anlage 1 und 2 der Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. BA 25.08.2021

6. Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422)

Vorlage Nr. VL 378/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422);
Aufhebung der Zweckwidmung für einen Teilbereich des Wirtschaftsweges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. BA 25.08.2021

**7. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen
- Zwischenbericht zur Potenzialflächenanalyse**

Vorlage Nr. VL 392/2021

Unter Punkt 2 sollten alle Potentialflächen aufgenommen werden, die möglich seien und nicht bereits welche aufgrund der Größe ausgeschlossen werden, so Herr J. Schulz.

Unter Punkt 3 sei ursprünglich zugesagt worden, die Lärmschutzwälle/-wände mit aufzunehmen. Jetzt sollten diese wegfallen, so Herr Hellwig. Diese Option solle man sich offenhalten.

Herr Daub verweist auf die bereits beratene Verwaltungsvorlage in Zusammenhang mit den Auswahlkriterien und erläutert die Entscheidungsgründe für die Aufnahme der Flächen ab 4000 qm. Lärmschutzwälle fallen nicht unter die EEG- Flächen und seien somit in der Untersuchung nicht enthalten. Darüber hinaus sei es aufgrund von langer Verdrängung, langer Kabelwege etc. nahezu unmöglich, diese zu bebauen. Auch der Netzanschlusspunkt sei schwierig zu erreichen, so dass es andere Flächen gebe, die einfacher und schneller zu bewirtschaften seien.

Ergänzend führt Frau Krippendorf aus, die gefundenen Flächen seien derzeitiger Ergebnissstand, aber es sei nicht ausgeschlossen, in einem gesonderten Verfahren für einzelne weitere Flächen noch einmal tätig zu werden. Mit dem Ergebnis sei ein Konzeptionsbeschluss, also die politische Befürwortung der Fläche, herausgearbeitet worden. Sollten sich andere Flächen anderer Eigentümer oder Investoren noch ergeben, würden diese Flächen den Gremien vorgestellt, um zu diskutieren, ob es Sinn mache, dafür ein Bauleitverfahren anzustoßen. Es werde keine abschließende, sondern eine priorisierte Beurteilung vorgenommen.

⇒ *Der Bauausschuss nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

6. BA 25.08.2021

8. Jährliche Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates

Vorlage Nr. VL 460/2021

Es ergibt sich eine Aussprache, an der sich die Herren Mäckeler, Schulz, Dietrich, Cziba und Hellwig beteiligen.

Herr Schumann und Herr Daub beantworten die Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Rahmen der Aussprache wird thematisiert:

- Fahrzeuge seien außen vor gelassen, die Gesamtkosten nicht weit genug geführt worden. Fortlaufende Kosten, wie Betriebskosten, Instandsetzung, Wartung etc. müssten zukünftig mit berücksichtigt werden,
- das Zeitfenster beim Ausbau von Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden,
- in Zusammenhang mit dem Punkt „Gewinnabführung an die SVB“ auf Seite 14 der Anlage kommt die Frage auf, um welche Maßnahmen es sich dabei handelt und inwieweit diese klimadienlich seien. Die Angaben seien noch nachzureichen.
- Die Gremien werden im Rahmen einer Verwaltungsvorlage über die Klimaschutzmaßnahmen und die verausgabten Mittel informiert,
- der Stand der Angelegenheit in Zusammenhang mit der Software für das Energiemanagement,
- die beabsichtigte Zeitplanung für die Gesamtplanung (Roadmap),
- die Frage, ob die Antragstellung für die Citylogistiksysteme bereits erfolgt ist, wird seitens der Verwaltung an die zuständige Fachabteilung, die Wirtschaftsförderung weitergeleitet, alternativ müsse dies im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften thematisiert werden.

⇒ *Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt die Berichterstattung zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.*

6. BA 25.08.2021

9. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040

Vorlage Nr. VL 379/2021

Herr Cziba hinterfragt die Vorbehalte unter Ziffer 2. des Beschlussvorschlages. Bei der Exkursion habe man Hallenbäder im Passivhausstandard gesehen. Er thematisiert die Sanierungen und die Anmietungen und fragt nach dem Anspruch, der an angemietete Räume gestellt werden.

Herr Daub erläutert, die Vorlage diene dazu, bis zur Erstellung des Fahrplans mit allen externen fundierten Erkenntnissen im Neu- und Anbau analog des Beschlussvorschlages vorzugehen. Sanierungen seien durch die Vorlage nicht erfasst, diese würden durch den Fahrplan extern erarbeitet und anschließend diskutiert. Würde man bei Anmietungen den Maßstab Passivhaus ansetzen, würde es wahrscheinlich im Siegener Stadtgebiet nur eine geringe Anzahl – wenn überhaupt – von Möglichkeiten geben, die man anmieten könne.

Unter Betrachtung der Szenarien könne es im Sinne des Klimaschutzes nachhaltiger sein, eine Bestandsimmobilie anzumieten, als dass die Verwaltung auf der grünen Wiese neu baue. Am Beispiel des Projektes TreSi in der Bahnhofstraße führt Herr Schumann aus, hier habe nicht die energetische Hülle im Fokus gestanden, sondern dass man die Abteilung der Ordnungsverwaltung im Mittelpunkt des Geschehens gemeinsam mit der Polizei angesiedelt habe. Neben der Bautechnik spielten auch andere Faktoren eine Rolle, er bitte dies mit zu berücksichtigen.

Zum Thema anderer besonderer Gebäude, wie z. B. der Schwimmbäder führt er aus, es gebe auch andere Gebäude mit hohen Verbräuchen. Hier grundsätzlich Passivhausstandard zu fordern, könne letztendlich schwierig werden. Bei der durchgeführten Exkursion habe ihm der Betriebsleiter extrem davon abgeraten, Passivhausstandard beim Schwimmbadbau anzuwenden, da nur schlechte Erfahrungen damit gemacht worden seien. Alle Vor- und Nachteile seien in diesem Zusammenhang auf den Tisch zu legen, um dann zu entscheiden. Fordere man den Passivhausstandard ohne eine Ausnahme zuzulassen, sei er sicher, dass man damit Schiffbruch erleide.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie des Rates der Universitätsstadt Siegen habe beschlossen, dass die Sofortmaßnahmen auch für die KEG gelten sollte. Insofern könnte man dies für den Bauausschuss übernehmen, so Herr Cziba.

Herr Schumann gibt die Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie wieder. Er verstehe die Vorlage zunächst für den städtischen Gebäudebestand. In der Beratungsfolge sei genügend Zeit, dass im HFA der Geschäftsführer der KEG, Herr Cavelius, damit konfrontiert werde und bis zur Ratssitzung eine fundierte Antwort darauf geben könne.

Von Vermietern Standards zu fordern, die man selbst nicht erfüllen könne, halte er nicht für sinnvoll. Man solle sich zunächst um die eigenen Immobilien kümmern, so Herr Christian.

Es seien zwei Gebäudetypen angesprochen worden, wo der Bauherr ein städtischer sei, so Herr Cziba. Bei den angesprochenen Objekten sei die KEG nachher die Ausführende, die es umsetzen könnte, wenn die Stadt Siegen es im Mietvertrag festlege. Andere Städte bauten bereits seit Jahren öffentliche Gebäude im Passivhausstandard. Bei Neubauten sollte es Standard sein.

Herr Heupel merkt an, sicherlich sei in solchen Konstellationen alles machbar, weil staatliche Stellen zahlten, langfristig werde es für die Umwelt nur etwas bringen, wenn es für den gewerblichen Bereich interessant bleibe.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO₂-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.
4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.
6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. BA 25.08.2021

10. Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs - kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -

Vorlage Nr. VL 391/2021

Herr Cziba bittet um Angabe des Zeitraums für das Provisorium, bis es eine endgültige Lösung gibt.

Herr Schumann bezieht sich auf den Ratsbeschluss, die Jahreszahl werde zur Niederschrift gegeben.

Nachsatz der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Jahr 2023 Pläne für den Ausbau/die Nutzung von Gebäuden vorzulegen, mit denen die Übergangslösung abgelöst werden kann. (Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen vom 23.06.2021)

Das bedeutet jedoch nicht, dass dann das Provisorium endet.

Herr Schulz regt an, bei den Containern die Verwendung von Holzbaumodulen zu prüfen. Mittlerweise gebe es innovative Lösungen, die man auf Stahlkonstruktionen aufbauen und überwiegend an anderer Stelle wiederverwenden könne.

Frau Katz regt an, auch den Übergangsbau weitgehend barrierefrei zu errichten.

Es werde zwei Geschosse geben, so Herr Heide. Im Erdgeschoss sei die Rollstuhlzugänglichkeit herstellbar, im Obergeschoss eher nicht. Die Belegung der Räumlichkeit sei in diesem Zusammenhang in der Übergangszeit zu überlegen.

Auf Nachfrage von Herrn Mäckeler, was anschließend mit den Modulen geschehe, führt Herr Schumann aus, aus wirtschaftlichen Gründen laufe es auf Grund der Dauer bei Anmietung oder Kauf auf das Gleiche hinaus. Somit habe man sich für den Kauf entschieden. Man könne diese Module wieder verkaufen, aber auch anderweitig weiter verwenden, um darauf reagieren zu können, wenn die Schülerzahlenentwicklung nicht den Prognosen entspreche.

Beschluss:

⇒ *Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt aufgrund der Dringlichkeit und mit Blick auf die Beratungsfolge den Beschluss des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Kenntnis, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.*

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

6. BA 25.08.2021

gez. Heupel
Vorsitzender

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin

Eckdaten aus der Ausschreibung für den außenstehenden Aufzug im RH Siegen.

STAHL-GLAS-AUFZUGSCHACHT als freistehende Konstruktion mit Wärmeschutzverglasung.
St.-QR. gem. stat. Vorbemessung

GESCHOSSWEISE - HORIZONTAL- U. DACHRAHMEN:
- St.-QR/RR gem. stat. Vorbemessung

HORIZONTALRIEGEL:
- St.-QR/RR gem. stat. Vorbemessung

PERSONENAUFZUG

Allgemeine Informationen

Aufzugstyp Personenaufzug nach EN 81

gefordert ist ein Seil-Aufzug mit getriebelosem Antrieb, ohne Maschinenraum Aufhängung 2:1 - zentral geführt, eine Rucksackaufhängung ist nicht zugelassen.

Anordnung des Antriebs im Schachtkopf. Die Treibscheibe hat einen nominalen Durchmesser von mind. 160 mm und Halbrundrillen. Gefordert sind modernste kunststoffummantelte Zugelemente.

Zugelemente Kunststoffummantelt:

Die Tragseile haben einen Stahlkern mit einem Durchmesser von ca. 5 mm und werden in einem besonderen Herstellungsprozess mit hochresistentem Polyurethan beschichtet und gewährleisten damit eine höhere Lebensdauer wie herkömmliche Stahlseile. Der äußere Durchmesser des Tragseiles beträgt ca. 6,5 mm. Ihr geringes Gewicht und die längere Lebensdauer ermöglichen den Einsatz kompakterer Antriebe mit effizienteren und umweltschonenderen Motoren. Der Frequenzumrichter ist für die stufenlose Regelung von Drehstrom-Asynchron-Motoren auszuführen. Der Drehstrom-Asynchron-Motor wird von einem Frequenzumrichtergerät mit einem in der Amplitude und Frequenz stufenlos einstellbaren Strom eingespeist. Zur Erzeugung des variablen Motorstroms und der variablen Frequenz ist eine zweistufige Umwandlung der festen Netzspannung und Netzfrequenz erforderlich. zweistufige Umwandlung:

Über einen Netzeingangsgleichrichter erfolgt die Umwandlung der Netzspannung in eine Gleichspannung und die Aufladung des Spannungszwischenkreiskondensators. Dieser speist das Umrichterleistungsmodul. Durch zyklisches Schalten im Umrichterleistungsmodul werden die Motoranschlüsse an den Plus- und Minuspol des Spannungszwischenkreises geschaltet. Die Schaltfrequenz, die Schaltdauer und die folgerichtige Ansteuerung des Umrichterleistungsmoduls werden so bestimmt, dass sich für den Motor ein Drehstromsystem mit variabler Spannung und Frequenz ergibt. Die Motorspannung ist pulsformig. Der Motorstrom ist sinusformig. Antrieb in robuster Bauweise. Gehäuse und Rahmen aus Stahl, Lagerböcke und Lagerdeckel aus schwingungsdämpfendem Grauguß. Lager als verschleiß- und wartungsarme Pendelrollenlager.

Triebwerk mit Zweikreis-Sicherheitsbremssystem, dabei ist bereits eine Bremse in der Lage, den Aufzug sicher zu verzögern und zu halten. Die Bremskraft wird von zwei Druckfedern aufgebracht und von Hubmagneten gelüftet. Einstellung des Bremsmoments ca. 125 % des Nennmoments pro Bremsbacken. Beide Bremsen sind einzeln einstellbar. Die Bremsbacken sollen sich wahlweise einzeln oder gemeinsam lüften lassen. Der Motor ist in der Lage, mindestens das 2,4-fache des Nennstromes bei 80% der Nenngeschwindigkeit aufzunehmen. Das Triebwerk ist für den Einsatz am statischen Umformer ausgelegt. Blockierungsklemme zum Blockieren der Seile auf der Treibscheibe. Der Temperaturanstieg liegt bei einer Betriebsdauer von einer Stunde, bei max. 60°C am Anker, max. 80°C am Stator. Das Triebwerk ist für die Wärmeklasse F (155°C) ausgelegt. Motorvollschutz durch Kaltleiter mit Laufzeit-Überwachung. Der maximale Schalldruckpegel hat unter 72 dB(A) zu liegen, gemäß VDE 0530 Digitaler Impulsgeber am Antriebsmotor für permanenten Soll-Ist[1]Vergleich der Geschwindigkeitsregelung

Charakteristik:

Der Drehstrommotor soll über den gesamten Fahrverlauf von einem digitalen Sollwertgeber und über einen Drehzahlregelkreis lastunabhängig mit optimalem Fahrverhalten hinsichtlich Komfort, Förderleistung und Haltegenauigkeit geführt werden. Das Antriebs- bzw. das Bremsmoment des Aufzugsmotors soll durch einen Drehstromsteller vor der hoch- bzw. der niedertourigen Wicklung geregelt werden. Direktes Einfahren in die Haltestellen, sowie eine exakte Bündigstellung ist möglich. Das Antriebssystem darf keine zusätzlichen Motorschwingmassen erfordern. Es muss mit geringem Energiebedarf betrieben werden und ebenfalls geringe Anschlusswerte für die Aufzugsanlage besitzen.

Kabinenausstattung / Fahrkorb

Der Fahrkorb ist in Form einer verwindungssteifen Konstruktion auszulegen.

Eine Wand Edelstahlverkleidung bzw. Spiegel

Drei Wände inkl. Tür - Ausführung Glaswand aus VSG Glas Material Klarglas

Sockelleisten Ausführung in Edelstahl-Design Bedien- und Anzeigeelemente Anbringung Etagentaster.

Außerdem soll der AN ein Muster der Außenkonstruktion vorzeigen. Der AN hat bereits ähnliche Aufzüge gebaut. Ein Foto eines ähnlichen Aufzuges ist als Anlage beigelegt. Der ausgeschriebene Aufzug unterscheidet sich durch die Verbindungsstege zwischen dem Schacht und dem Gebäude.



A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	20.08.2021
Federführend	GB 4, Abt. 4/1

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss

25.08.2021

Betreff:

Beschlussfassung Adaptive Straßenbeleuchtung (AT 37/2021)
- Anfrage der Volt- Fraktion

Rathaus Siegen
Herrn Bürgermeister Steffen Mues
Herrn Rüdiger Heupel, Vorsitzender Bauausschuss
Am Markt 2

EINGANG BÜRGERMEISTER	
20. Aug. 2021	
GB	PR
Abt.	INSTITUTE

57072 Siegen

Siegen, 20.08.2021

Anfrage gemäß §8 der Geschäftsordnung des Rates der Universitätsstadt Siegen zur Sitzung des Bauausschusses am 25.08.2021.

Betreff: Beschlussfassung Adaptive Straßenbeleuchtung (AT 37/2021)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrter Herr Heupel,

Bezüglich des Antrags 37/2021 erfolgte im Bauausschuss am 03.02.2021 eine Diskussion, in deren Verlauf durch Herrn Stadtbaurat Schumann wiederholt auf die derzeit ein solches Projekt nicht zulassende personelle Lage hingewiesen wurde.

Der Antrag wurde seitens Volt zurückgezogen "unter der Maßgabe [...], dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen, an der ein Vertreter der Fa. Westnetz teilnimmt, einen Tagesordnungspunkt zu dieser Thematik in die Tagesordnung aufnimmt, um sich damit auseinanderzusetzen." Des Weiteren wurde in der Diskussion seitens der Verwaltung eine Teilnahme der zuständigen Mitarbeiterin, Frau Thönnissen, in Aussicht gestellt. Frau Thönnissen sollte in diesem Zusammenhang darstellen, welcher zusätzliche zeitliche Aufwand mit der Umsetzung des Antrags im Falle positiver Beschlussfassung verbunden wäre.

Bislang gab es auf Nachfrage von Herrn Cziba lediglich die mündliche Auskunft, dass ein RWE-Vertreter wohl nicht an einer Ausschusssitzung teilnehmen werde.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt Frau Thönnissen den zusätzlichen Arbeitsaufwand ein?
2. Wann, durch wen und in welcher Form erfolgte die Kontaktaufnahme zur Firma Westnetz in dieser Sache?
3. Welche Antwort erfolgte durch die Firma Westnetz?
4. Wann ist mit einer Teilnahme Frau Thönnissens und eines Vertreters der Firma Westnetz an einer Sitzung des Bauausschusses zu rechnen?

Mit freundlichen Grüßen

Erik Dietrich

Erik Dietrich
sachkundiger Bürger Volt

S. Wittenburg

Samuel Wittenburg
Fraktionsvorsitzender Volt

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Straßenplanung
Bearbeitet von: Herr Hinkel

Siegen, 23.03.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Verkehrsausschuss 08.06.2021

Bauausschuss 25.08.2021

Kurzbezeichnung:

Fußgängerüberweg Bürbacher Weg

Beschlussvorschlag:

Der Bauausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, vorbehaltlich der Finanzierung, den Bau des Fußgängerüberweges Bürbacher Weg gemäß Anlage 1 und 2.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Beschluss des Verkehrsausschusses vom 08.09.2020 wurde die Verwaltung beauftragt im Bürbacher Weg die Möglichkeit eines Fußgängerüberweges zu prüfen.

Beschreibung der Maßnahme

Im Bürbacher Weg auf Höhe Hausnummer 12 wird ein barrierefreier Fußgängerüberweg eingerichtet. Für die Einrichtung des Fußgängerüberweges müssen zur Gewährleistung der Sichtverhältnisse die vorhandenen Längsparkplätze im Bereich der Sichtfelder entfallen.

Der FGÜ wird barrierefrei ausgebaut und entsprechend DIN 67523 beleuchtet.

Stellungnahme der Beauftragten für Behindertenfragen der Universitätsstadt Siegen

Der barrierefreie Ausbau des FGÜs entspricht den Vorgaben des Leitfadens Barrierefreies Bauen im Straßenbereich der Universitätsstadt Siegen.

Finanzierung / Kosten

Die Kostenschätzung für den Ausbau eines barrierefreien und regelkonformen Fußgängerüberweges belaufen sich auf 25.500,00 €.
Über die Förderrichtlinie Nahmobilität soll eine Zuwendung beantragt werden.

Die Universitätsstadt Siegen erwartet, dass für die zuvor beschriebene Maßnahme eine Zuwendung bewilligt wird. Für die Gesamtkosten in Höhe von 25.000,00 € wird eine Zuwendung in Höhe von 70 % der zuwendungsfähigen Kosten erwartet. Nach erfolgter Bewilligung und Bereitstellung der Mittel im städtischen Haushalt können die Maßnahmen ausgeführt werden.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
25.500,00		30 %	70 %	

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode
				Sachkonto

Klimaschutz

Klimarelevanz <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input checked="" type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Förderung des Fußverkehrs			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i.A.

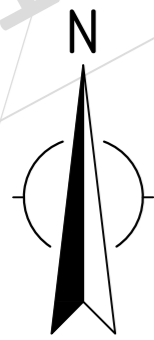
gez.

Schreiber
Abteilungsleiterin 4/1

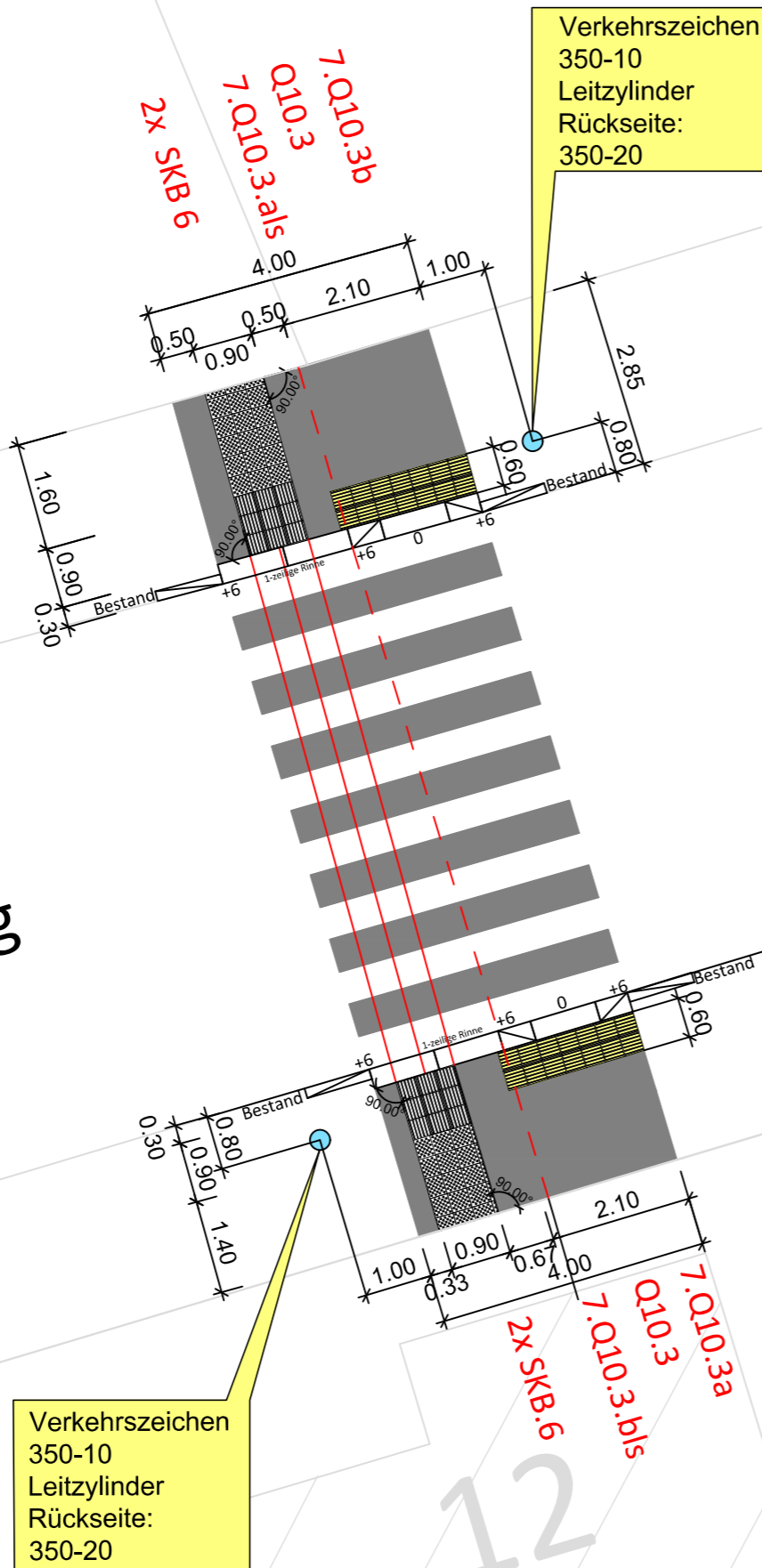
Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 FGÜ Bürbacher Weg 12.pdf](#)
2. [Anlage 2 FGÜ Bürbacher Weg 12](#)



Bürbacher Weg



Verkehrszeichen
350-10
Leitzylinder
Rückseite:
350-20

Verkehrszeichen
350-10
Leitzylinder
Rückseite:
350-20

Richtungsfelder des Blindenleit-
systems sind auf die gegenüber-
liegende Seite auszurichten

Absteckung / Einmessen der Borde
und der Felder des Blindenleitsys-
tems erfolgt vor Ort durch den AG



Pflaster anthrazit 30 / 30 / 8



Rippenplatte



Noppenplatte



Schuppenplatte



Hülse Verkehrszeichen
Fundament

Q 10.3

Sonderbordbezeichnung



Achse Fußgängerüberweg

Detail :

Schuppenplatte
"asymetr.Profil 38mm"



Anlage 1



Universitätsstadt Siegen

Abteilung 4/1 Straße und Verkehr

Bürbacher Weg

FGÜ - Bürbacher Weg
Höhe Hs. 11/13 ggü Hs.12

Siegen

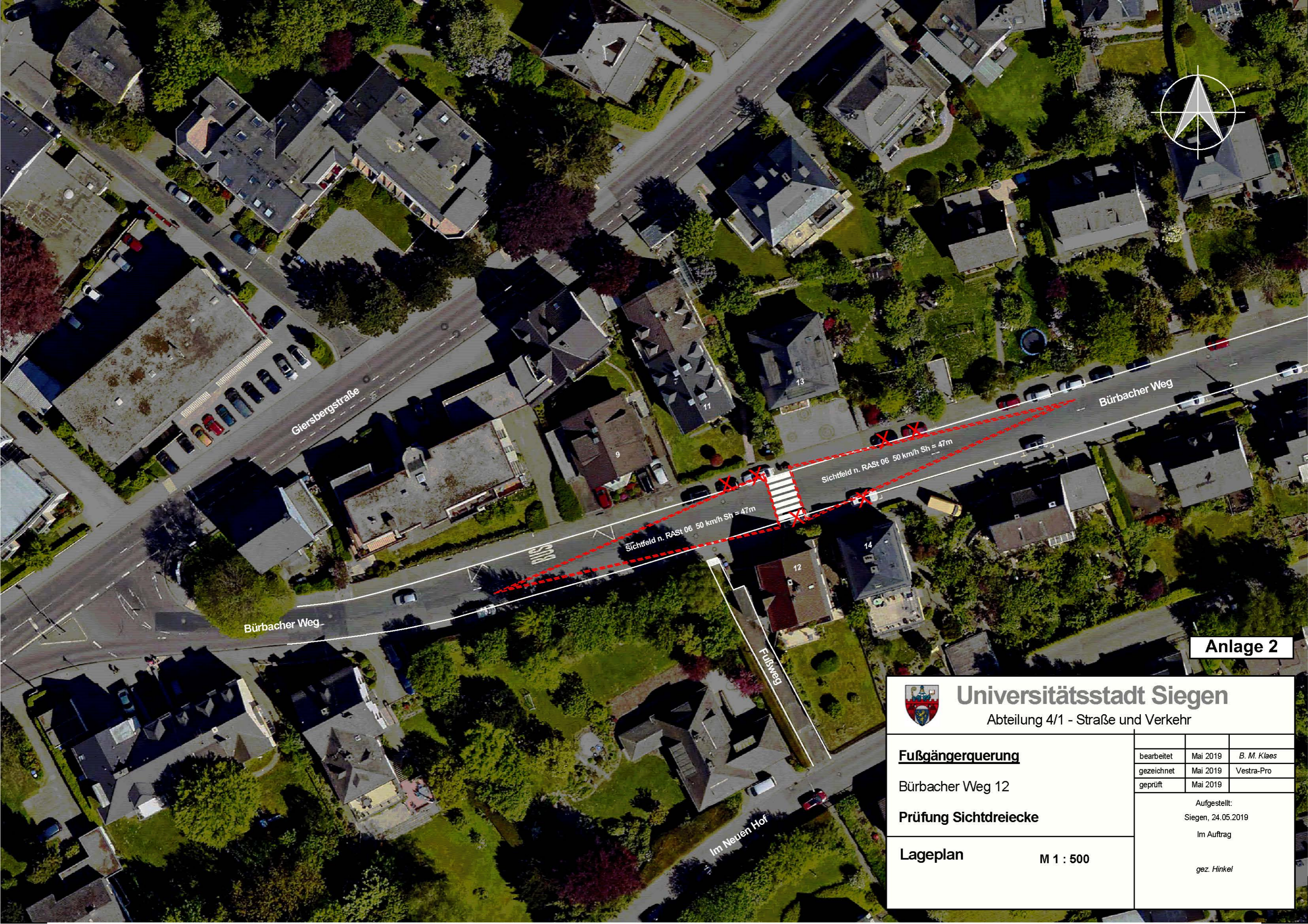
Planart:
Detaillageplan

Maßstab:
1:100

Datum Name

gezeichnet: Mrz.: 21 Zöller

aufgestellt:
Siegen, März 2021



Anlage 2



Universitätsstadt Siegen

Abteilung 4/1 - Straße und Verkehr

Fußgängerquerung

Bürbacher Weg 12

Prüfung Sichtdreiecke

Lageplan

M 1 : 500

bearbeitet	Mai 2019	B. M. Klaes
gezeichnet	Mai 2019	Vestra-Pro
geprüft	Mai 2019	

Aufgestellt:
Siegen, 24.05.2019
Im Auftrag

gez. Hinkel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Vermessung und Geoinformation
Bearbeitet von: Frau Krämer

Siegen, 19.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid	15.06.2021
Bauausschuss	25.08.2021
Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422)

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422);
Aufhebung der Zweckwidmung für einen Teilbereich des Wirtschaftsweges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23

Sachverhalt / Begründung:

Der genannte Weg ist im Zuge des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen vom 10.05.1969, welches auch Teilabschnitte von Meiswinkel, Birlenbach und Buchen umfasst, gebildet und mit der Zweckwidmung Wirtschaftsweg festgesetzt worden. Das Eigentum wurde der damaligen Stadt Hüttental übertragen.

Gemäß § 3 Nummer 2.2 des Flurbereinigungsplanes haben die Wege den Zweck, „die land- und forstwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Nutzflächen und die bei der Ausführung des Flurbereinigungsplanes vorhandenen bebauten oder in anderer Weise genutzten Grundstücke zu erschließen. Sie sind gemeinschaftliche Anlagen und nicht für den öffentlichen Verkehr bestimmt.“

§ 8 des Flurbereinigungsplanes besagt, dass die Festzungen in § 3 Nummern 2.2 (Zweckbestimmung der Wege), 2.3 (Benutzung), 2.4 (Nebennutzung) und 2.6 (Unterhaltung) im öffentlichen Interesse getroffen werden und nach § 58 Absatz 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) die Wirkung von Gemeindegesetzungen haben. Nach Beendigung des Flurbereinigungsverfahrens können die Festsetzungen mit Zustimmung der Gemeindeaufsichtsbehörde durch Gemeindegesetzgebung geändert oder aufgehoben werden (§ 58 Absatz 4 Satz 2 FlurbG).

Der betreffende Wegeabschnitt ist in der Örtlichkeit nicht mehr als Teil des eigentlichen Wirtschaftsweges erkennbar und nutzbar. Nach Beendigung des Aufhebungsverfahrens soll das Teilstück in das Eigentum eines Anliegers übergehen. Die weitere Nutzbarkeit des Weges wird durch den Wegfall der Teilfläche nicht beeinträchtigt. Alle an den Weg angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Grundstücke bleiben über den verbleibenden Weg sowie andere Wegeführungen erreichbar.

Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (Kreisstelle Siegen-Wittgenstein) wurde vor Beginn des Satzungsverfahrens über das geplante Vorgehen der Stadt Siegen unterrichtet und hat mit Schreiben vom 06.01.2021 keinerlei Bedenken dagegen geäußert.

Am 31.03.2021 (Siegener Zeitung) und 10.04.2021 (Westfälische Rundschau und Westfalenpost) wurde die Absicht der Aufhebung der Zweckwidmung durch Satzung öffentlich bekannt gemacht. Allen Betroffenen wurde somit die Gelegenheit gegeben, Einwendungen vorzubringen und evtl. Rechte geltend zu machen.

Innerhalb der gesetzten einmonatigen Frist wurden keine Einwendungen erhoben.

Es wird daher empfohlen, die der Vorlage beigelegte Satzung über die Aufhebung der Zweckwidmung für die in dem anliegenden Lageplan grau markierte Teilfläche des Weges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23 gemäß § 58 Absatz 4 des Flurbereinigungsgesetzes zu beschließen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

i. V.

gez.

Schumann
 Stadtbaurat

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage:

1. [Satzungsentwurf](#)

Satzung

der Stadt Siegen vom über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422); Aufhebung der Zweckwidmung für einen Teilbereich des Wirtschaftsweges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29. September 2020 (GV. NRW. S. 916) und des § 58 Absatz 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) hat der Rat der Stadt Siegen in seiner Sitzung am folgende Aufhebungssatzung beschlossen. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein als untere staatliche Verwaltungsbehörde hat mit Verfügung vom seine Zustimmung zu dieser Satzung erteilt.

§ 1

Die in dem Flurbereinigungsplan Langenholdinghausen 27591 (L. 422) vom 10. Mai 1969 unter Berücksichtigung der Nachträge 1 - 9 in § 3 "Gemeindestraßen und Wirtschaftswege" festgesetzte Zweckwidmung wird für den nachfolgend aufgeführten und in dem beigefügten Lageplan grau markierten Teilbereich des Weges aufgehoben:

Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23 teilweise, Wirtschaftsweg "Wieschen" - eingezäuntes Teilstück entlang der Grundstücksgrenze zu Flurstück 22

Der Plan ist Bestandteil der Satzung.

§ 2

Mit Inkrafttreten dieser Satzung erlöschen alle Rechte, Pflichten und Beschränkungen, die sich aus der Zweckwidmung für das in § 1 bezeichnete Wegegrundstück ergeben.

§ 3

Diese Satzung tritt nach aufsichtsbehördlicher Genehmigung mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 58 Absatz 4 Satz 2 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) erforderliche Genehmigung wurde mit Verfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein als untere staatliche Verwaltungsbehörde am erteilt.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei auch die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Siegen, den

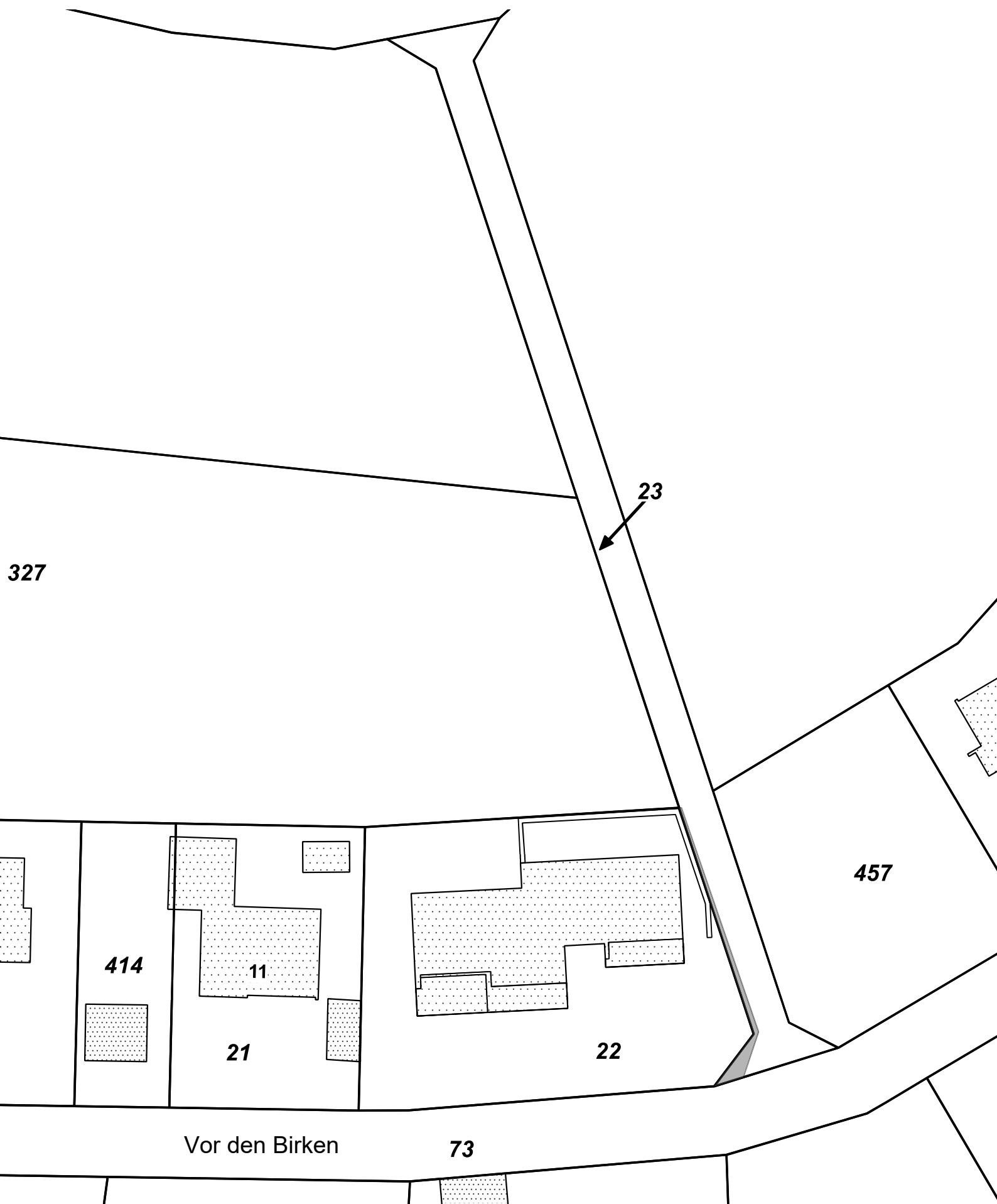
Gemarkung: Meiswinkel

Flur: 2

Flurstück: 23

Karte im Maßstab 1:500

© Universitätsstadt Siegen | Abteilung 4/2 Vermessung und Geoinformation



VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stadtentwicklung
Bearbeitet von: Herr Daschke

Siegen, 10.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	24.08.2021
Bauausschuss	25.08.2021
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften	26.08.2021

Kurzbezeichnung:

**Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen
- Zwischenbericht zur Potenzialflächenanalyse**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bauausschuss nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangslage:

Mit Beschluss vom 15.12.2020 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen die Verwaltung mit der Durchführung einer stadtweiten Potenzialflächenanalyse beauftragt, um Flächen zu identifizieren, die zur Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen geeignet sind (vgl. Vorlage 23/2020).

Durchführung der Analyse:

Folgende Schritte konnten durch die beteiligten Fachabteilungen 4/1 Vermessung und Geoinformation, 4/5-1 Stadtentwicklung, 4/7 Umwelt sowie die Stabsstelle Klimaschutz bereits umgesetzt werden:

1. Identifizierung aller Flächen, die nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG, seit 01.12.2020 in neuer Fassung vorliegend) potenziell für eine Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen geeignet sind.

Hierzu wurden folgende Flächenkategorien herangezogen:

- a) Flächen in einem Abstand von bis zu 200 m entlang der Autobahn
- b) Flächen in einem Abstand von bis zu 200 m entlang von Schienenwegen
- c) Konversionsflächen / Deponieflächen
- d) Ungenutzte Flächen in planungsrechtlich gesicherten Gewerbe-/Industriegebieten, die nach Einschätzung der Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung schon lange brach liegen, nicht vermarktbare sind und für eine Bebauung eher nicht geeignet sind (zu steil etc.). Für diese Flächen besteht für die Errichtung gewerblich genutzter PV-Anlagen üblicherweise bereits Planungsrecht, so dass eine weitere Analyse hier entbehrlich ist.

2. Die ermittelten Flächen aus 1.a), b), c) wurden sodann mit Flächen überlagert, auf denen die Errichtung einer PV-Freiflächenanlagen erhebliche Beeinträchtigungen von Schutzgütern verursachen würde bzw. aufgrund des jeweils ausgewiesenen Schutzstatus ohnehin nicht zulässig ist. Unter anderem sind dies Waldgebiete, Gewässerflächen, Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile etc..

Darüber hinaus wurden Verkehrs- und Gebäudeflächen aus den Basisflächen ausgeschnitten, da diese für eine PV-Nutzung nicht zur Verfügung stehen. Großflächige Parkplätze wurden analog der Studie des LANUV NRW mit betrachtet, sind jedoch nicht für Freiflächenanlagen im eigentlichen Sinne geeignet. Hier kämen aufgeständerte Module in Frage, die als baulichen Anlagen zu bewerten sind.

Der Analyse liegt die Annahme zugrunde, dass die rentable Nutzung einer PV-Anlage nur durch eine entsprechende Vergütung nach EEG möglich ist. Aufgrund der Wirtschaftlichkeit wurden daher Flächen kleiner als 4.000 m² nicht weiter betrachtet.

Hinweis: Ergänzend zu den ermittelten Flächen nach den EEG-Kriterien kann es weitere wirtschaftlich nutzbare Flächen geben, bei denen der Ertrag über einen lokalen Eigenverbrauchsbedarf bzw. überregionale alternative Vermarktungsmöglichkeiten (bspw. Power Purchase Agreement (PPA)) erzielt werden kann. Diese Flächen werden im Rahmen der Untersuchung nicht betrachtet.

3. Beschreibung und Bewertung

Durch die beteiligten Fachabteilungen wurden schließlich rund 110 Einzelflächen anhand eines standardisierten Schemas beschrieben und bewertet. Relevante Parameter waren hier z. B. Solareignung, Eigentumsverhältnisse, biologische Vielfalt, Bodenfunktion, Landschaftsbild, klimatische Einschätzung, Erschließung, Altbergbau oder Altlasten.

Teilweise wurden zudem größere Flächen aufgrund von topographischen Besonderheiten oder ihres Zuschnitts nochmals in Teilflächen untergliedert.

Ausstehende Tätigkeiten:

Die Bearbeitung der stadtweiten Analyse ist zu ca. 70 % abgeschlossen, für alle potenziellen Flächen wurden durch die Fachabteilungen Einschätzungen abgegeben. Detailbetrachtungen sind für einzelne Flächen jedoch noch erforderlich. Die Ergebnisse der Flächenbewertung müssen schlussendlich noch in einem Abschlussbericht zusammengestellt werden, der schließlich den zuständigen Gremien zur Beratung vorgelegt wird.

Betrachtung von Lärmschutzwänden/-wällen, Brücken

- Straßen.NRW:

Die Errichtung und der Betrieb von PVA an Brücken, Lärmschutzwänden/-wällen ist laut Auskunft von Straßen.NRW nicht grundsätzlich ausgeschlossen, bedarf jedoch eines Nutzungsvertrages. Bei der Bearbeitung dieses Vertrages würden von Straßen.NRW z.B. auch die Belange des konstruktiven Ingenieurbaus geprüft, wenn es sich um bauliche Anlagen an Lärmschutzwänden handelt. Solche Anlagen sind allerdings keine Freiflächenanlagen nach EEG und sollten daher in dieser Untersuchung nicht mit behandelt werden.

- Autobahn.GmbH:

Bzgl. der Autobahnen liegt noch keine Stellungnahme vor

Anmerkungen zur Analyse:

Während der Durchführung der Analyse sowie bei der Diskussion zum Projekt der Siegener Versorgungsbetriebe in Gosenbach (s. u.) wurden wichtige Erkenntnisse gewonnen. Grundsätzlich gilt, dass die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage immer zu Konflikten mit der aktuellen Flächennutzung führt. Vor allem betrifft dies bei den Untersuchungsflächen Grünland- und Waldnutzung. Grenzt eine Potenzialfläche zudem an bestehende Waldgebiete an, muss aufgrund von Verschattung und dem Schutz (vor umfallenden Bäumen / Feuer etc.) ein Waldabstand eingehalten werden. Dieser führt wiederum zur Verkleinerung der potenziellen Flächen. Alternativ muss mit einer vertraglichen Regelung ein Schadensverzicht o. ä. mit dem Waldeigentümer vereinbart werden.

Bei der stadtweiten Analyse handelt es sich lediglich um eine Ersteinschätzung. Bei den sich anschließenden konkreten Bebauungsplanverfahren müssen weitere Gutachten vom Projektierer eingeholt werden (Umweltbericht, Artenschutz), durch die sich weitere Einschränkungen ergeben können.

Konkrete Projekte:

Im laufenden Analyseprozess für potenzielle Standorte hat es im Frühjahr 2021 eine Anfrage der Siegener Versorgungsbetriebe (SVB) gegeben, die im Bereich Rothenberg in der Nähe

des Autobahnzubringers Siegen-Mitte eine PV-Freiflächenanlage errichten wollen. Gemäß Ratsbeschluss vom 15.12.2020 wird die Stadt das erforderliche Bauleitplanverfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplans selbst durchführen. Hierzu hat der Bauausschuss am 10.03.2021 anhand der vorgestellten Konzeption einen Konzeptionsbeschluss gefasst (vgl. Vorlage 232/2021). Nach Durchführung der internen Beteiligung und der frühzeitigen Behördenbeteiligung läuft derzeit (09.-27.08.2021) die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Die Analyse selbst hat keine Auswirkungen auf das Klima. Erst durch die Errichtung konkreter Anlagen würde ein positiver Effekt entstehen.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

i. V.

gez.

Thomas Daschke

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stabsstelle Klimaschutz
Bearbeitet von: Lars Ole Daub

Siegen, 02.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	24.08.2021
Bauausschuss	25.08.2021
Verkehrsausschuss	31.08.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Jährliche Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates

Beschlussvorschlag:

Die Gremien nehmen die Berichterstattung zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 25.09.2019 weitreichende Beschlüsse zum Klimaschutz getroffen und darüber hinaus entschieden, dass regelmäßig umfassend in den Sitzungen des Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie sowie jährlich im Rat über Fortschritte und Schwierigkeiten zu informieren ist. In der folgenden Anlage ist eine Übersicht zur Beschlusskontrolle für die Umsetzung der Klimabeschlüsse in tabellarischer Form beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

im Auftrag

gez.

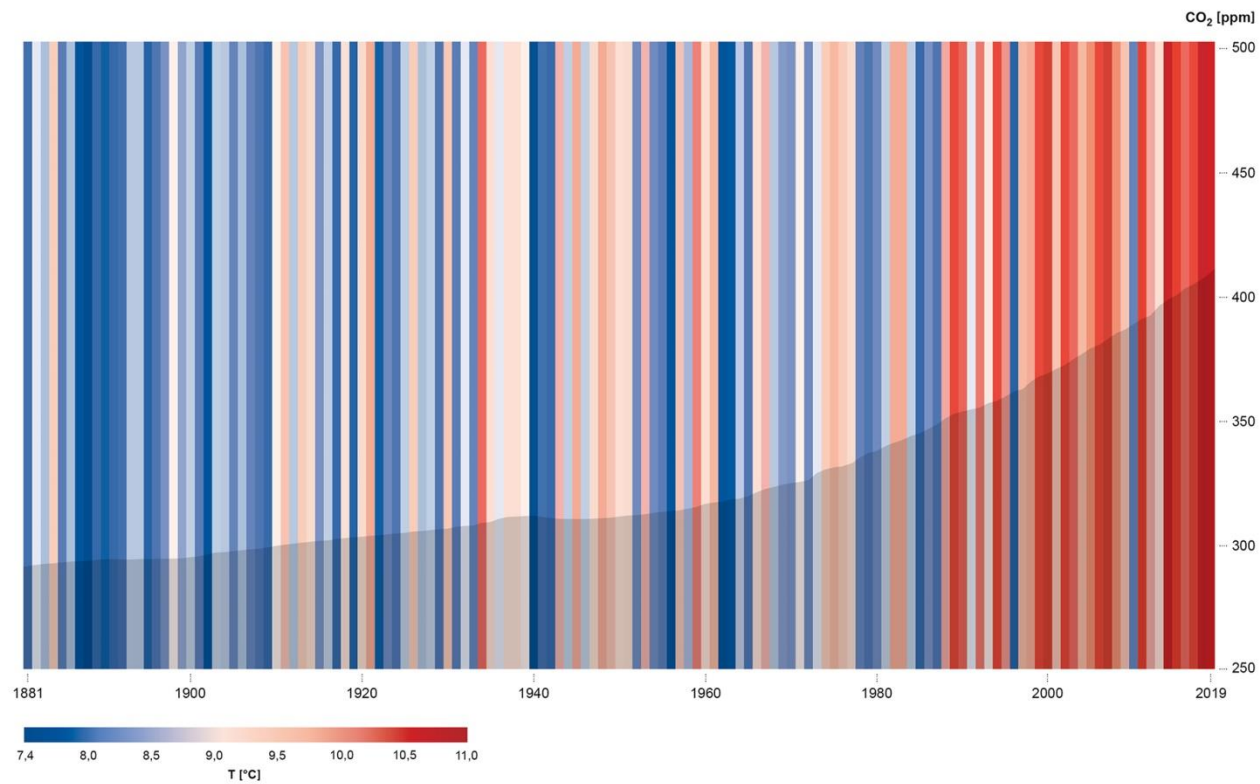
Andre Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates

Stand: 06.08.2021

Warming Stripes NRW – Barcode des Klimawandels



Beschlussinhalt	Datum	Federführung	Mitwirkung	Bearbeitungsstand
<p>Ausbau erneuerbarer Energien: Zur Konkretisierung des Antrags zum Haushalt der Stadt Siegen 2018 soll die Energieversorgung mit Photovoltaikanlagen weiter vorangebracht werden. Hier sind entsprechende Anlagen, zum Beispiel an der Gesamtschule Geisweid, gut vorstellbar. Darüber hinaus können mit den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln weitere Anlagen installiert werden. Hierzu werden zeitnah Vorschläge, noch im 1. Quartal 2019, erwartet.</p> <p>Im Haushalt werden für neue rentable Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden 400.000 Euro zur Verfügung gestellt. Grundsätzlich soll die Verwaltung zukünftig bei jeder städtischen Sanierung im Dachbereich prüfen, ob die Installation einer Photovoltaikanlage rentabel ist.</p>	30.01.2019	4/4-3	Stabsstelle Klimaschutz	<p><i>Der Ausbau erneuerbarer Energien war bereits Gegenstand der Diskussion in mehreren Sitzungen des interfraktionellen Arbeitskreises Klimaschutz. Von der Verwaltung wurde deutlich gemacht, dass die PV-Eignungsprüfung regelmäßig von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technischen Gebäudewirtschaft (TGW) bei baulichen Veränderungen eines Daches durchgeführt wird.</i></p> <p><i>Die Verwaltung wurde vom Umweltausschuss in seiner Sitzung am 28.11.2019 beauftragt zu prüfen, in welchen städtischen Objekten mit hohem Energieverbrauch eine Nutzung der Solarenergie möglich ist. Dies sollte durch einen externen Fachingenieur erfolgen. Mittlerweile wurde eine Stelle für eine Elektrofachkraft ausgeschrieben, sodass die Prüfung in Kürze selbst durchgeführt werden kann. Die Standortbegutachtungen erfolgen fortlaufend, sind jedoch zeitaufwendig. Der Begriff der Wirtschaftlichkeit für PV-Anlagen wurde zwischenzeitlich als politische Vorgabe definiert, da erst mit dieser Klarstellung die erwünschte Amortisationszeit der Investitionen für eine PV-Anlage auf einem städtischen Gebäude beurteilt werden konnte. Aus Gründen der zukünftig benötigten Kompensation von CO₂-Emissionen, ist die Wirtschaftlichkeit jedoch nicht das einzige Kriterium bei der Dimensionierung neuer Anlagen.</i></p> <p><i>Die Stadt Siegen hat in 2019 den Kauf von 2 bestehenden - von einem Investor in 2011 errichteten Solaranlagen (24,79 kWp) auf den Schulgebäuden Pestalozzischule und Achenbacher Schule in Höhe von 46.000 Euro (Einspeisevergütung 2019 = 8.184 Euro) beschlossen. Der Besitzübergang erfolgte am 01.07.2020. Darüber hinaus war im Gespräch die Bürgersolaranlage am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium in städtischen Besitz zu überführen. Hierzu erfolgte eine Prüfung, zu welchen Konditionen dies möglich ist. Auf Grund der Umrüstkosten, um die ausgeführte Anlage auf Eigenverbrauch umzustellen und wegen Betriebsrisiken auf Grund des Anlagenalters (Anlagenzustand) hat die Stadt von einem Kauf abgesehen. Gespräche mit einer Bürgerenergiegenossenschaft die Anlage durch eine Neuanlage zu ersetzen, waren nicht erfolgreich, auch weil eine in der Betriebszeit anstehende Dachsanierung einige Herausforderungen mit sich bringt.</i></p> <p><i>Von der Verwaltung wurden zwischenzeitlich zahlreiche weitere klimarelevante Projekte erarbeitet, die zeitnah umgesetzt werden könnten. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Projekte aus den Bereichen Gebäudewirtschaft und Mobilität. Der Arbeitskreis Klimaschutz hat sich dafür ausgesprochen, zur Finanzierung dieser Maßnahmen auch auf die in 2019 bereitgestellten Klimaschutzmittel zurückzugreifen.</i></p> <p><i>Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 18.08.2020 folgende Verwendung der bereitgestellten Mittel beschlossen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Errichtung von 50 Mikro-PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden; <u>Kosten:</u> ca. 95.000 Euro - Errichtung von 3 PV-Anlagen mit bis zu 10 kW-Leistung auf folgenden Gebäuden: <p><i>Gymnasium Auf der Morgenröthe, Niederschelden</i></p>

				<p>Gesamtschule Siegen, Kolpingstraße Gesamtschule Siegen, Giersbergstraße <u>Kosten:</u> ca. 60.000 Euro</p> <p>Es wurde die Errichtung von zwei PV-Anlagen für das Gymnasium an der Morgenröthe (GAM) und die Bertha-von-Suttner-Schule mit je 30kWp ausgeschrieben, eine Angebotsauswertung ist erfolgt. Eine weitere Anlage mit 18kWp auf der Jung-Stilling-Schule befindet sich bereits in Planung und soll demnächst errichtet werden.</p> <p>Errichtung von solarthermischen Anlagen auf folgenden städtischen Gebäuden zur Unterstützung des Betriebs von Dusch- und WC-Anlagen: - Leimbachstadion (Installation bereits vorbereitet, Heizung getauscht und um Pufferspeicher ergänzt, Vollzug mit Dachsanierung) - Hofbachstadion - Sportplatz Trupbach - Freibad / Sportplatz Kaan-Marienborn <u>Kosten:</u> ca. 130.000 Euro</p> <p><u>Veranschlagung im Haushaltsplan:</u> Produkt: 01.13.02 – Herstellung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen Konto: Investition V011302100 „Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden“</p>
<p>Ausbau Radwegenetz Viele (insbesondere dörfliche) Siegener Ortsteile sind untereinander nur über die Landstraßen oder zum Teil über unbefestigte Waldwege zu erreichen. Damit Fahrradfahren attraktiv, sicher und als ernsthafte Alternative zum motorisierten Individualverkehr wahrgenommen wird, bedarf es eines systematischen Ausbaus dieser Verbindungen in den nächsten Jahren. Für eine Auftragserweiterung des Mobilitätskonzeptes zur Planung von neuen Radwegen zwischen den Siegener Ortsteilen im Rahmen des gesamtstädtischen Mobilitätskonzeptes werden im Haushalt 30.000 Euro eingestellt. Hierbei soll auch geprüft werden, ob für den Ausbau Fördermittel genutzt werden können.</p>	30.01.2019	4/1		<p>Eine Auftragserweiterung des Mobilitätskonzeptes zur Planung von neuen Radwegen zwischen den Siegener Ortsteilen im Rahmen des gesamt-städtischen Mobilitätskonzeptes konnte entfallen, da im gesamtstädtischen Konzept die Leistung miterbracht werden konnte. Die Mittel wurden für weitere Radverkehrsprojekte verwendet (Sachstandsbericht Vorlage 2844/2020).</p> <p>Das Klimaschutzteilkonzept Mobilität ist abgeschlossen, zahlreiche Maßnahmenvorschläge wurden seitens des beauftragten Ingenieurbüros erarbeitet. Betrachtet wurden darin auch die Verbindungen der Siegener Stadtteile untereinander und die Anbindung an die Hauptachse. Diese sind nun in Verbindung mit dem kreisweiten Radverkehrskonzept des Kreises Siegen-Wittgenstein zu sichten. Eine entsprechende Vorlage wird zeitnah eingebracht.</p>
<p>Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung Die Stadt Siegen soll mit Hilfe eines Programms zur Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung das Siegener Stadtklima verbessern und dabei zeitgleich neue Lebensräume für Tiere schaffen. Dafür werden 20.000 Euro jährlich bereitgestellt,</p>	30.01.2019	4/7 (priv. Dächer);	4/6	<p>Das vom Rat beschlossene Programm zur Dach- und Fassadenbegrünung wird von der Abteilung 4/7 für den privaten Bereich umgesetzt. Bisher wurden 27 Förderbescheide für private Dachbegrünungen erteilt, davon wurden bei 16 Anträgen die Fördermittel bereits ausgezahlt (Stand Juli 2021). Zwei weitere Anträge befinden sich in Bearbeitung. Veranschlagung im Haushaltsplan 2020 mit 10.000 Euro: Produkt 14010100 / Sachkonto: 5318000</p>

<p>wovon 10.000 Euro für eigene städtische Projekte genutzt werden sollen (beispielsweise zur Begrünung der Parkhäuser in der Heeser Straße und Hinterstraße) und 10.000 Euro für Projekte von Bürger/innen und Vereinen zur Verfügung stehen sollen.</p> <p>Diese sollen einen Zuschuss von 50 Prozent der als förderungsfähig anerkannten Kosten, höchstens jedoch 40 Euro pro Quadratmeter gestalteter Dach- und Fassadenfläche erhalten können.</p>		4/4-1 (städt. Gebäude)		<p><i>Ergänzend bietet die Stadt Siegen in Zusammenarbeit mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein im Jahr 2021 eine Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung im Rahmen des Klimaresilienzprogramms NRW an. Dafür sind ebenfalls zahlreiche Anträge eingegangen. Die Förderbedingungen beider Programme unterscheiden sich, sodass sie sich gegenseitig ergänzen.</i></p> <p><i>Auf dem neuen Anbau der Jung-Stilling-Schule wird eine Dachbegrünung erfolgen, welche durch weitere Klimaschutzmittel mitfinanziert wird.</i></p> <p><i>Veranschlagung in Haushaltsplan 2021 mit 10.000 Euro: Produkt 01.13.02, Investitionskonto A011302100 „Dach- und Fassadenbegrünung“ bzw. Produkt: 14.01.01 / Investition I140101001 Klimaschutzmaßnahmen, Ansatz: 200.000 Euro</i></p>
<p>Umsetzung des städtischen Klimaschutzkonzepts und des Insektenschutzkonzepts</p> <p>Die in 2018 verabschiedeten Konzepte zum Klimaschutz und zum Insektenschutz zeigen Möglichkeiten zur Verbesserung von Ökologie und Klima durch und in der Stadt Siegen auf.</p> <p>Damit konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Konzepte eingeleitet werden, sollen 2019 und 2020 je 50.000 Euro bereitgestellt werden.</p>	30.01.2019	4/7	4/6 Insekten- schutzkonzept	<p>Insektenschutzkonzept</p> <p><i>Als Teil des städtischen Insektenschutzkonzeptes wurde im Frühjahr 2019 die Aktion „Siegener Blütenzauber“ ins Leben gerufen. Im Rahmen der Aktion wurden von der Abteilung 4/6 zahlreiche Blühflächen auf städtischen Grundstücken durch Einsaat oder Staudenbepflanzungen im Innenbereich angelegt.</i></p> <p><i>Weiterhin wurde von der Abteilung 4/7 in den Jahren 2019/2020/2021 an ca. 6.700 private Interessenten Saatgut zur Anlage von Blühflächen abgegeben.</i></p> <p><i>Aufgrund der Resonanz wird die Aktion im Spätsommer 2021 fortgesetzt. Ergänzend wurde im Jahr 2020 ein Naturgartenwettbewerb für private Gartenbesitzer durchgeführt.</i></p> <p><u><i>Veranschlagung im Haushaltsplan 2020:</i></u> <i>Produkt 14010100 / Sachkonto: 5281000 mit 25.000 Euro</i></p> <p>Klimaschutzkonzept</p> <p><i>Es handelt sich bei dem 2018 fortgeschriebenen Zielkonzept für Klimaschutz und Klimawandelanpassung um ein Paket mit vielfältigen Maßnahmenvorschlägen, welche auch in das Arbeitsprogramm der Stabsstelle Klimaschutz sowie weiterer Fachabteilungen einfließen.</i></p> <p><i>Es wird fortlaufend im AfUKE und AK Klimaschutz über die Maßnahmenumsetzung berichtet, sodass an dieser Stelle wegen des Umfangs auf eine Detailberichterstattung verzichtet werden soll.</i></p>
<p>Einführung einer „gelben Tonne“</p> <p>In der Stadt Siegen werden jedes Jahr eine große Anzahl von gelben Säcken verbraucht. Um einen Beitrag zu leisten, Plastikmüll zu reduzieren, soll die Verwaltung prüfen, ob eine gelbe Tonne anstelle der gelben Säcke in Siegen verwendet werden kann.</p>	30.01.2019	2/2-3		<p><i>Das Thema „Einführung einer gelben Tonne in Siegen“ wurde am 02.05.2019 im Arbeitskreis Abfallwirtschaft besprochen. Im AfULE am 05.02.2020 wurden folgende Ausführungen gemacht:</i></p> <p><i>Für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2022 wurde durch die Systembetreiber eine Ausschreibung für das Stadtgebiet durchgeführt. Bis zum Ende dieses Zeitraumes ist ein Umstieg auf die gelbe Tonne nicht möglich. Da eine flächendeckende Umstellung von Gelber-Sack-Sammlung auf eine gelbe Tonne insbesondere im Hinblick auf die räumliche Problematik im innerstädtischen Bereich schwierig ist, soll geprüft werden, ob und ggf. welche einzelne Teile</i></p>

				<p>des Stadtgebietes auf gelbe Tonnen umgestellt werden können.</p> <p>Die Ergebnisse wurden zunächst im AK Abfallwirtschaft am 10.11.2020 besprochen.</p> <p>Um eine fristgerechte (ein Jahr vor dem beabsichtigten Wechsel) Rahmenvorgabe zum 01.01.2023 an die Systeme aussprechen zu können, musste eine politische Entscheidung bis spätestens Ende des 3. Quartals 2021 vorliegen. Mit Ratsbeschluss vom 14.04.2021 wurde die Einführung der gelben Tonne zum 01.01.2023 beschlossen. Von der flächendeckenden Umstellung wird ein fest definierter Bereich der Innenstadt ausgenommen.</p>
<p>Fahrradabstellplätze an Bahnhaltepunkten Niederschelden-Nord, Siegen, Weidenau und Geisweid</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellplätze an den Bahnhöfen/Bahnhaltepunkten Siegen, Weidenau, Geisweid und Niederschelden-Nord zu erarbeiten und im Programm „Bike+Ride-Offensive“, ein Kooperationsprojekt des Bundesumweltministeriums und der Deutschen Bahn (DB), zur Förderung anzumelden.</p>	06.03.2019	4/1		<p>Am 02.05.2019 hat sich die Verwaltung bei der DB mit 5 Haltepunkten - Niederschelden-Nord, Eiserfeld, Siegen, Weidenau und Geisweid - eingeschrieben. Am 04.06.2019 kam die Bestätigung der Bahn, dass die Stadt Siegen in das Programm aufgenommen wurde. Am 27.06.2019 hat die DB mitgeteilt, dass sie einen Vor-Ort-Termin abstimmen möchten, da die Haltepunkte für eine virtuelle-Online-Ortsbegehung zu groß sind – dies aber noch Zeit in Anspruch nehmen würde. Aufgrund mehrerer Nachfragen städtischerseits kam es zu einem Termin am 28.01.2020 - der aber dann am 06.01.2020 von der DB auf den 26.03.2020 verschoben wurde. Aller Voraussicht nach findet dieser nun am 05.03.2020 statt. Nach diesem Ortstermin und der Erstellung der Förderantragsunterlagen durch die DB, was als Ablauf so vorgegeben ist, wird die Verwaltung den Förderantrag stellen.</p> <p>Je nach Flächenverfügbarkeit für die angebotenen Doppelstockparker können bis zu 24 Stellplätze in einer Sammel-schließanlage oder unter einer Überdachung (Platzbedarf je 7,5 x 3 m) geschaffen werden. Die Verwaltung erhofft sich ein Ergebnis zur Flächenverfügbarkeit am Vor-Ort-Termin am 05.03.2020.</p> <p>Mittel können erst mit Stellung des Zuschussantrages, der Aussagen über die Anzahl und Art der Abstellanlagen mit den einhergehenden Kosten enthält, beantragt werden. Da eine Förderquote zwischen 80 - 90% möglich ist, könnten auch erste Haltepunkte je nach Standard aus Sammelhaushaltsstellen - so genannten „Bordmitteln“ - bezahlt werden, falls dies in 2020 noch erforderlich wird.</p> <p>Die nach gemeinsamer Besichtigung der Örtlichkeiten beantragten Flächen wurden zwischenzeitlich geprüft und am 20.07.2020 – bis auf den Standort am Eiserfelder Bahnhof aufgrund bevorstehender langwieriger Renovierungsarbeiten der DB – von der DB Imm. bewilligt.</p> <p>Der Zuschussantrag wurde gestellt.</p> <p>Der Zuwendungsbescheid ist uns am 17.11.2020 zugegangen. Die Förderquote beträgt 90%. Bis Oktober 2021 werden ein paar wenige Reihenbügel auf einer schon fertigen Fläche am Haltepunkt Niederschelden-Nord aufgestellt, um noch einen zeitnahen Beginn beim Fördergeber anzuzeigen damit die Mittel nicht verfallen. Bis Ende 2021 sollen die Ausschreibung und die Vergabe der restlichen Tiefbauarbeiten (Fundamentarbeiten, Stromanschluss,...) erfolgen. Anfang 2022 werden die Tiefbauarbeiten ausgeführt. Anschließend werden die unterschiedlichen Radabstellanlagen vom Hersteller geliefert und an den 4 Haltepunkten aufgestellt.</p>

<p>Nahwärmeinsel auf dem Bismarckplatz Im Zuge des Neubaus des Hallenbads in Siegen-Weidenau soll die Verwaltung prüfen, ob eine Nahwärmeinsel möglich ist, die eine zentrale Wärmeerzeugung für das Hallenbad, die Lindenschule des Kreises und für die Bismarckhalle ermöglicht. Vorbild dafür ist z. B. das in der Stadt Hilchenbach errichtete Nahwärmenetz auf dem „Schulhügel“, das nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch ein Erfolg ist.</p>	06.03.2019	4/4	SVB	<p>Die Prüfung, ob sich eine Nahwärmeinsel hier wirtschaftlich verwirklichen lässt, erfolgt im Rahmen der Gesamtplanungen. Es erfolgt eine Abfrage von Verbräuchen eines Anschlussobjektes im Besitz der Kreisverwaltung. Eine dezidierte Energieplanung kann erst nach der Konkretisierung des zukünftigen Energiebedarfs (je nach Planungsentscheidung) vorgenommen werden. Die SVB prüfen dann verschiedene Varianten einer Nahwärmeversorgung.</p>
<p>Aufforderung von Bundes- und Landesregierung: Die Universitätsstadt fordert von der Bundesregierung und den Landesregierungen, ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden; Die Stadt Siegen fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland schnellstmöglich erreicht wird. Die Städte und Gemeinden sind bei ihren Bemühungen zur Erreichung der Klimaneutralität mit Mitteln des Bundes finanziell zu unterstützen.</p>	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		<p>Bisher wurde keine Aufforderung an die Bundes- und Landesregierung versendet, da die aktuellen Rahmenbedingungen sich durch das zukünftige EEG (2021), GEG (Ende2020) und den Green Deal ändern sollten. Die Ergebnisse sollten wie im Rat und den Fachausschüssen rückgemeldet zunächst abgewartet werden.</p> <p>Am 17. Dezember 2019 wurde das neue Bundes-Klimaschutzgesetz verkündet. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat im April 2021 mehrere Klagen verschiedener Klimaschutzorganisationen für begründet und das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klima-Abkommens mit seinem Urteil für verfassungsrechtlich verbindlich erklärt und, dass hinreichende Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen. Am 12. Mai 2021 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Klimaschutzgesetzes. Darin wird unter anderem ein verbindlicher Pfad zur Klimaneutralität beschrieben, die statt 2050 bereits im Jahr 2045 erreicht werden soll. Das Zwischenziel für 2030 wird von derzeit 55 auf 65 Prozent Treibhausgasmindering gegenüber 1990 erhöht, und für 2040 gilt ein neues Zwischenziel von 88 Prozent Minderung. Zusätzlich zum Beschluss des neuen Klimaschutzgesetzes kündigte die Bundesregierung ein Sofortprogramm an, das die Umsetzung der neuen Klimaschutzziele für die verschiedenen Sektoren unterstützen soll – mit einer zusätzlichen Förderung von bis zu acht Milliarden Euro sowie mit zusätzlichen Vorgaben. Unter anderem sollen die Energiestandards für Neubauten gestärkt werden.</p> <p>Das Land NRW hat im Jahr 2013 als erstes Bundesland ein eigenes Klimaschutzgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz formuliert Klimaschutzziele für Nordrhein-Westfalen und schafft einen rechtlichen Rahmen für die Umsetzung und Überprüfung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Ziel des Gesetzes ist es, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen und die nationalen und internationalen Anstrengungen beim Klimaschutz zu unterstützen. Wegen zu geringer und zu unverbindlichen Zielstellungen lehnten die anerkannten Verbände gemeinsamen Stellungnahmen den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen ab und forderten deutliche Nachbesserungen. Auch das parallel vorgelegte Klimaanpassungsgesetz wurde deren Anforderungen nicht gerecht. Die DUH unterstützt eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue NRW-Klimagesetz, wegen unzureichender Zielpfade ab 2030 und insgesamt unzureichender Maßnahmen.</p> <p>Es ist also festzustellen, dass durch politische Entwicklungen (bspw. Anpassung</p>

				<p>Bundesklimaschutzgesetz, Sofortprogramm) deutlich ambitioniertere Ziele angestrebt werden.</p> <p>Die gesetzlichen Rahmenbedingungen weisen auch laut des kürzlich erschienenen Weltklimareport des IPCC, in dem Wissenschaft und Forschung die weltweiten Regierungen zum Handeln drängen, dennoch deutlich ambitionierter Zielsetzungen und weiterführende Unterstützungen für Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger auf.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung durch kommunale Spitzenverbände (Städtetag, Städte- und Gemeindebund) hat die Stadt Siegen Stellungnahmen zu Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz NRW sowie Nachhaltigkeitsstrategie NRW abgegeben.</p> <p>Die Stadt Siegen ist Mitglied im Klima-Bündnis, welches im Namen der Mitgliedskommunen Positionspapiere, Resolutionen und Erklärungen zu verschiedenen Themen verabschiedet. https://www.klimabuendnis.org/de/aktivitaeten/interessenvertretung.html</p>
Beteiligung städtischer Gesellschaften: Die Universitätsstadt Siegen fordert auch die städtischen Beteiligungen (SVB, ESI, KEG) dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich zu berichten;	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz	SVB, ESI, KEG	<p>Vertreter von SVB, ESI und KEG nehmen regelmäßig an Sitzungen der internen Arbeitsgruppe AG EKK teil. Die ESI wie auch die SVB sowie die KEG wurden im März gebeten, eine Auflistung der energie- und klimaschutzrelevanten Maßnahmen zu erstellen, um diese im AG EKK und im AK Klimaschutz vorstellen zu können. Eine Aufstellung der SVB vom April 2020 lag vor. Vergleichbare Aufstellungen von ESI und KEG wurden am 10.11.2020 angefragt.</p> <p>Im Juni 2021 erfolgte eine erneute Abfrage, wobei alle drei Akteure über ihre Projekte berichteten. Die Ergebnisse wurden im Zusammenhang mit einer Ratsanfrage vorgelegt.</p>
Information der Öffentlichkeit: Die globale Erderwärmung ist eine existenzbedrohende Krise. Die Verwaltung der Stadt Siegen wird daher alle Einwohnerinnen und Einwohner über die Bedrohung durch die Klimakrise informieren.	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz	M+Ö	<p>Am 28.10.2019 fand im Anschluss an eine AfULE-Sitzung ein Vortrag zum Thema „Klimawandel“ mit Herrn Dr. Engelhard als Referenten im Sitzungssaal statt. Informationsarbeit findet seit langem über Vorträge und Informationsmaterialien der Abteilung Umwelt und des Energievereins Siegen-Wittgenstein statt. Die Unterstützung von Initiativen ist Bestandteil des Aufgabengebietes Klimaschutz.</p> <p>Eine weitere Intensivierung kann mit verstärktem Personaleinsatz in der Verwaltung sowie in Verbindung mit Kooperationspartnern erreicht werden.</p> <p>Aufgrund der aktuellen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie musste im 1. Halbjahr 2020 die Mehrzahl der vom Energieverein Siegen-Wittgenstein vorgesehenen Veranstaltungen zum Klimaschutz ausfallen.</p> <p>2021 sind zahlreiche Veranstaltungen online durchgeführt wurden. Präsenzveranstaltungen mussten aufgrund der der allg. Gesundheitslage alle abgesagt werden.</p> <p>Seit September 2020 wurden Inhalte und Konzeption der städtischen Webseite zu „Energie und Klimaschutz“ überarbeitet. Seit Februar 2021 ist die Webseite fertig, sodass es umfangreiche Informationsmöglichkeiten gibt. Mit der Einrichtung einer halben Stelle für Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Stabsstelle Klimaschutz, hat die Presseaktivität zugenommen. Es wird aktuell ein Social-Media-Konzept erarbeitet.</p>
Information des Rates und des AfULE: Die Stadt Siegen wird regelmäßig umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen	25.09.2019	Stabsstelle Klima-		<p>Der Beschluss wird umgesetzt.</p> <p>In jeder AfULE-Sitzung erfolgt eine Berichterstattung über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung klimarelevanter Maßnahmen.</p>

sowie über die Maßnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Die Gremien und die Öffentlichkeit werden in jeder Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie sowie jährlich im Rat über Fortschritte und Schwierigkeiten informiert.		schutz		Im AfUKE wird regelmäßig berichtet. Im November 2020 wurde im Rat eine Beschlusskontrolle klimarelevanter Beschlüsse durchgeführt, im September 2021 folgt eine erneute Berichterstattung.
Berücksichtigung von Klimaschutz bei allen Entscheidungen: Die Stadt Siegen wird die Auswirkungen auf das Klima bei allen ihren Entscheidungen berücksichtigen und alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um die globale Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		<i>Der Beschluss wird als Zielsetzung verstanden, aus dem kein spezifischer Handlungsbedarf ableitbar ist. Eine konkrete Umsetzung erfolgt insbesondere im Rahmen des ergänzenden Beschlusses hinsichtlich der Prüfung der Klimarelevanz in Sitzungsvorlagen.</i>
Konkretisierung des Klimaschutzkonzepts: Die Universitätsstadt Siegen konkretisiert die im Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen aufgeführten Maßnahmen und setzt diese schnellstmöglich um, sowohl zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas wie zum Umgang mit zunehmenden Extremwetterereignissen;	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		<i>Im September 2019 wurde vom Bürgermeister eine aus Vertretern der städtischen Betriebe und der Verwaltung bestehende <u>Arbeitsgruppe „Energie, Klimaschutz und Klimaanpassung (AG EKK)“</u> eingerichtet worden. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist insb. die Weiterentwicklung des bestehenden Zielkonzepts Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die Vorbereitung und Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen bei der Stadt Siegen. Die Arbeitsgruppe hat in bisher drei Sitzungen (September und Dezember 2019, Februar 2020) eine Zusammenstellung von 20 klimarelevanten Maßnahmen erarbeitet. Unter der Leitung von Stadtbaurat Henrik Schumann wurden die Umsetzungsoptionen beschrieben, bewertet und für den AK Klimaschutz vorbereitet (s.o.). Der mit politischen Vertretern der Fraktionen, der städtischen Betriebe und der Verwaltung besetzte <u>Arbeitskreis Klimaschutz</u> hat in drei Sitzungen (Dez. 2019/Jan. 2020/Juli 2020) die Umsetzung klimaschutzrelevanter Maßnahmen auf Grundlage der von der Verwaltung erarbeiteten Vorschläge diskutiert und bewertet. Unter Berücksichtigung des von den Arbeitsgruppen erarbeiteten Maßnahmenkataloges plant die Stabsstelle Klimaschutz die Fortschreibung des Zielkonzeptes Klimaschutz und Klimawandelanpassung in 2021 vorzunehmen. Dies ist auf Grund der hohen Arbeitsauslastung bisher noch nicht erfolgt.</i>
Prüfung der Klimarelevanz in Sitzungsvorlagen Die Universitätsstadt Siegen wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Hierzu sind bei sämtlichen Vorlagen für politische Beschlussfassungen in	25.09.2019	Fachabteilungen	Stabsstelle Klimaschutz	<i>Für die beschlossene Darstellung klimaschutzrelevanter Auswirkungen in allen Sitzungsvorlagen wurde ein Verfahrensvorschlag erarbeitet, der vom Verwaltungsvorstand am 10.03.2020 beschlossen wurde. Die verwaltungswide Einführung erfolgte durch Rundschreiben des BM mit Datum vom 20.05.2020! Laufender Prozess - Die Stabsstelle Klimaschutz unterstützt die Fachabteilungen bei der Beurteilung der Klimarelevanz. Ein erneutes Rundschreiben (mit dem Ziel einer frühzeitigeren Berücksichtigung des</i>

Zusammenarbeit mit dem/der Klimabeauftragten die Auswirkungen auf den Klimaschutz darzulegen und im negativen Fall Alternativen aufzuzeigen.				Klimarelevanzprüfung im Planungsprozess) erfolgte im Juni 2021 .
Unterstützung der Resolution „Klimanotstand“: Die Universitätsstadt Siegen unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Climate Emergency): (Die Begriffe „Klimanotstand“ resp. „Climate Emergency“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.)	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		Der Rat der Stadt Siegen hat von der Ausrufung des „Klimanotstandes“ abgesehen, sich gleichwohl aber für eine konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ausgesprochen.
Schaffung von Strukturen im „Klimaschutz“: Die Stadt Siegen nimmt die Rolle des Klimaschutzes als eine ressortübergreifende Aufgabe wahr. Sie wird entsprechende Strukturen schaffen (ggfs. im Verbund mit umliegenden Städten und Gemeinden), und diese mit notwendigen Personal- und Sachmitteln ausstatten.	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		Beim Thema Klimaschutz ist die Stadt Siegen seit langem direkt und über den Energieverein Siegen-Wittgenstein im Austausch mit den umliegenden Kommunen. Verwaltungsinterne Arbeitskreise bestehen schon seit mehreren Jahren. Die Stabsstelle Klimaschutz steht zudem mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Kontakt. Auf Kreisebene findet ein regelmäßiger Informationsaustausch sowie projektbezogene Zusammenarbeit der Klimaschutzbeauftragten statt. Sachmittel für Projekte könnten vermehrt über Partnerschaften und Sponsoring eingeworben werden. Dies erfordert allerdings fachliche Personalressourcen für Anwerbung und Betreuung. Für die Einwerbung umfangreicher Fördermittel aus zahlreichen EU-, Bundes- und Landesförderprogrammen für Klimaschutz- und Klimaanpassungsvorhaben sollten zusätzliche Personalstellen geschaffen werden, welche in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen die Antragsverfahren abwickeln und die sich dabei problemlos selbst refinanzieren würden.
Einführung eines City-Logistik-Systems in Siegen Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Bereitschaft der großen Paketzusteller für ein gemeinsames City-Logistik-System abzufragen und bei ausreichenden großen Interesse einen Antrag im Rahmen des Bundesförderprogrammes für Städtisch Logistik zu stellen.	25.09.2019	1/2		Die persönliche Konsultation und die Ergebnisse aus verschiedenen kommunalen Fachkonferenzen 2020/2021 zum Themenfeld zeigen, dass der potentielle Aufbau eines City-Logistik-Systems in Siegen eine dezidiertere konzeptionelle Ausarbeitung benötigt, um ein prüfbares Interesse der Zusammenarbeit auf KEP- und Verteilerverkehrsebene zu erhalten. Grundsätzlich haben die großen Paketzusteller (u.a. DHL, Hermes, DPD, GLS, UPS) an der Weiterentwicklung eines City-Logistik-Systems Interesse, da die pandemiebedingten Verschiebungen zum Online-Commerce und die Fortschritte in der Digitalisierung auch nach der Corona-Pandemie zu einem Anstieg des städtischen Lieferverkehrs führen wird. Ob sich Potentiale eines gemeinsamen (partiellen quartiersbezogenen) Systems realisieren lassen könnten, bleibt zunächst offen. Sämtliche KEP-Unternehmen haben ihre eigene Lieferkette stark digitalisiert und beabsichtigen die Umstellung auch emissionsfreie Antriebe. Städte und Kommunen müssen lt. BMVi daher Lösungen finden, Wirtschaftsverkehre stadt- und umweltverträglich zu gestalten, ohne deren Funktionsfähigkeit vor allem auch auf der sogenannten letzten Meile einzuschränken. Es bestehen viele Fragen zur verkehrlichen Auslastungen, Lade-/ Tankinfrastrukturen, Standortbestimmung von Mikrodepots, Antriebstechnologie/Kraftstoffe, mögliche weitere Stakeholder und topographische Besonderheiten in Siegen. Die Abstimmung mit der IHK Siegen zu den Umsetzungspotentialen eines City-Logistik-Systems ist durch die Schaffung einer neuen Fachstelle 2021 intensiviert worden. Aufgrund der Erhebungen wäre zunächst ein strategisches Konzept notwendig , für

				<p>das eine Antragsstellung bis zum 31.08.2021 aus dem Programm „Urbane Logistik“ im Schwerpunkt Erstellung städtischer Logistikkonzepte gestellt werden soll (Förderrichtlinie Städtische Logistik des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 05.07.2019). Der urbane Wirtschaftsverkehr ist nicht Bestandteil des Verkehrsentwicklungsplans/ Mobilitätskonzepts). Die Wirtschaftsförderung erwartet daher entsprechend aus einer neuen Studie belastbare Aussagen zur Umweltentlastung, zur Wirtschaftlichkeit, zur technischen Eignung und Flächeneffizienz der vorgesehenen Maßnahmen, zu Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit sowie einen konkreten Umsetzungsplan. Unabhängig davon kann auch die Realisierung eines ersten Mikrodepots als Living-Lab (Experimentelle Anwendung) beantragt und umgesetzt werden.</p>
<p>Fahrradboxen Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Errichtung von Fahrradboxen im Bereich Oberstadt/Altstadt. Diese sollen wie folgt positioniert werden: 12 Boxen im Bereich des Parkplatzes Oberes Schloss, 12 Boxen im Bereich Marktplatz und 12 Boxen auf dem Parkhaus Hinterstraße. Bei allen Standorten sollte die Hälfte der Boxen Kurzzeitboxen sein, die spontan gemietet werden können. Des Weiteren sollten sich an allen Standorten kostenlose Akkuladestationen für Pedelecs befinden. Die von der Verwaltung geplanten Standorte werden dem Verkehrsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, weitere Standorte für Fahrradboxen im Stadtgebiet zu prüfen und Vorschläge zur Beratung im Verkehrsausschuss vorzulegen sowie zu prüfen, ob der Betrieb durch die Stadt und Fremdvergabe erfolgen soll.</p>	18.12.2019	4/1		<p>Flächen-Prüfung und Stromversorgungs-Prüfung ist erfolgt - parallel zu vergleichbaren Anfragen bezüglich E-Bike-Sharing und Fahrradabstellanlagen. Dieses Thema wird auch im dafür eingerichteten AK Radverkehr behandelt. Die geplanten Standorte wurden dem Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 08.09.2020 zur Beschlussfassung vorgelegt und beschlossen.</p> <p>Aktuell wird die Ausführungsplanung fertiggestellt und die Pläne dazu erstellt. Bis Ende 2021 soll die Ausschreibung und Vergabe der Tiefbauarbeiten (Fundamentarbeiten, Stromanschluss,...) der Fahrradboxen erfolgen. Anfang 2022 werden die Tiefbauarbeiten ausgeführt und die Boxen werden bestellt. Anschließend werden die Fahrradboxen vom Hersteller geliefert und aufgestellt.</p> <p>Ergänzend wird erwogen schrittweise Fahrradabstellanlagen an Schulen auszubauen.</p>
<p>CO₂-Bilanz der Stadt Siegen Die aus dem Jahre 2012 stammende CO₂-Bilanz der Stadt Siegen wird auf den heutigen Stand kurzfristig aktualisiert und zu einer Effektivbilanz ausgeweitet, mit der ein Monitoring der beschlossenen und noch zu beschließen-den Klimaschutzmaßnahmen möglich ist. Aufgrund der vorgelegten CO₂-Bilanz wird der Rat der Stadt Siegen Ziele definieren bis zu welchem Jahr die Klimaneutralität erreicht werden soll.</p>	26.02.2020	Stabsstelle Klimaschutz	4/4-3	<p>Seit dem 20.01.2020 liegen alle erforderlichen energetischen Basisdaten zu den Liegenschaften sowie den jeweiligen Fahrzeugflotten der Stadt Siegen inkl. der Beteiligungs-/ Tochterbetriebe vor. Die Daten können bei jährlicher Fortschreibung und insbesondere bei Beachtung der erforderlichen fachlichen Aufbereitung zukünftig für eine Monitoring zu den Klimaschutzaktivitäten genutzt werden. Allerdings muss für die Erstellung einer verwaltungsinternen CO₂-Bilanz und eines Energieberichtes zunächst eine geeignete Energiemanagementsoftware beschafft werden.</p> <p>Die vorhandenen Daten aus der verwaltungsinternen CO₂-Bilanz werden zudem in zusammengefasster Form an den Kreis Siegen Wittgenstein übermittelt. Dort soll dann eine Gesamtbilanz für alle CO₂-Emissionen im Stadtgebiet Siegen nach der vorgegebenen Bilanzierungsmethode (BISKO-Standard) erstellt werden. Diese Gesamtbilanz eignet sich nicht für das o. g. Monitoring städtischer Klimaschutzmaßnahmen, z. B. weil keine Witterungsbereinigung erfolgt, der Anteil der kommunalen Emissionen nur knapp zwei Prozent</p>

				<p>der Gesamtbilanz ausmacht und diese durch konjunkturelle Schwankungen beeinflusst wird. Die Erstellung dieser Bilanz war vor rund vier Jahren beim Kreis beauftragt worden. Die vom Kreis Siegen-Wittgenstein zu erstellende Gesamtbilanz für alle CO₂-Emissionen im Stadtgebiet Siegen liegt derzeit noch nicht vor. Im Oktober 2020 konnten noch fehlende Daten zu Gasverbräuchen an den Kreis übermittelt werden. Weitere Gasverbräuche von Großemittenten nach EU-CTS sind nicht zu berücksichtigen, da diese bundesweit aufgeteilt werden.</p> <p>Weiterhin mussten 2020 Daten aus dem Bilanzierungsprogramm ECORegion in das Programm Klimaschutzplaner übertragen werden, da das vom Land bereitgestellte Programm auf Grund von Ausschreibungsergebnissen für die nächsten fünf Jahre gewechselt hat.</p> <p>Die für die Bilanzierung zuständige Stelle beim Kreis wurde besetzt und die Datenübertragung abgeschlossen. Bevor eine Auswertung erfolgen kann, müssen noch aktuelle verwaltungsinterne Verbräuche in den einzelnen Kommunen erhoben und übermittelt werden, was aktuell passiert.</p>
<p>Klima-Informationstage: Im Zuge der Information der Bevölkerung finden 2020 erstmals Informationstage zum Klimaschutz statt. Dazu sollen Universität und NGO's als Kooperationspartner mit eigenen Veranstaltungen gewonnen werden. Die Stadt Siegen stellt die CO₂-Bilanz spätestens 2021 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vor und berichtet über geplante Maßnahmen, evtl. auch mit einem Informationsstand beim Stadtfest. Entsprechend dem Vorbild des Siegener Firmenlaufs erarbeitet die Verwaltung 2020 ein Konzept für die Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes.</p>	26.02.2020	Stabsstelle Klimaschutz	2/4-1, Frau Schneider (Stadtfest)	<p>Informationstage sollten an bereits geplante Veranstaltungen angebunden werden (Huckepack-Lösung). Aktuell kooperiert der Energieverein hier mit dem Kreis und der VHS sowie auf Unternehmensebene mit HwK Arnsberg / IHK Siegen / Effizienzagentur NRW / EnergieAgentur.NRW / Kreis.</p> <p>Ein Stadtfest kann analog zum Firmenlauf als KLIMANEUTRAL (genauer: emissionsarm) organisiert werden. Aufgrund der aktuellen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sind auch alle klimarelevanten Veranstaltungen bis auf weiteres ausgesetzt. Obwohl viele Planungen für das Stadtfest 2022 bereits feststehen (da Konzept 2020 weitgehend übertragen wird), finden sich in den Planungen bereits Maßnahmen die ein emissionsarmes Stadtfest begünstigen (z.B. Busshuttle, Pfandbechersystem, Mehrweggeschirr, ...). Darüber hinaus wirkt die Stabsstelle auf weitere Aspekte hin (z.B. Ökostrom, Klima-Meile, regionale Kompensationsprojekte, ...). Ein Konzept für ein klimaneutrales Stadtfest wird derzeit erarbeitet.</p>
<p>Einrichtung einer Stabsstelle „Klimaschutz“: Die Universitätsstadt Siegen wird die Rolle des Klimaschutzes als eine Querschnittsaufgabe wahrnehmen und entsprechende Strukturen in der Verwaltung schaffen. Den/die Klimaschutzbeauftragte/n gilt es zur Stabsstelle aufzuwerten und entsprechend mit Personal und Sachmitteln auszustatten. Angestrebt wird hierbei eine haushaltsneutrale Umsetzung im Haushalt 2020 und folgende festzuschreiben;</p> <p>Einrichtung einer Stabsstelle „Klimaschutz“:</p>	<p>25.09.2019</p> <p>26.02.2020</p>	1/1 Beig. IV Abt. 4/7	BM	<p>Die organisatorische Einrichtung einer <u>Stabsstelle Klimaschutz</u> im Geschäftsbereich 4 ist erfolgt, welche direkt dem Stadtbaurat zugeordnet ist. Das Stellenbesetzungsverfahren für den <u>Klimaschutzbeauftragten</u> ist abgeschlossen. Der neue Klimaschutzbeauftragte Herr Lars Ole Daub hat am 01. September 2020 seine Tätigkeit aufgenommen. Die Stelle eines „<u>Sachbearbeiters Klimaschutz</u>“ ist eingerichtet worden. Auch hierfür wurde das Stellenbesetzungsverfahren abgeschlossen. Als Stelleninhaber hat Herr Erik Berge am 16. Juli 2020 seine Tätigkeit aufgenommen. Das Stellenbesetzungsverfahren für eine halbe Stelle im Bereich „<u>Öffentlichkeitsarbeit im Klimaschutz</u>“ ist abgeschlossen. Eine interne und eine öffentliche Stellenausschreibung wurden durchgeführt, diese hatte jedoch keinen Erfolg, sodass eine externe Ausschreibung erfolgte. Die Stelle wurde Mitte April 2021 mit Olga Eichenauer besetzt, bisher ist jedoch nur ein provisorischer Arbeitsplatz vorhanden (Büromöbel wurden vor langer Zeit bestellt).</p>

Zur Stabsstelle Klimaschutz gehören der Energiebeauftragte und der Klimaschutzbeauftragte der Stadt Siegen, eine einzurichtende Fachstelle Klimaschutz (Leitung, externe Ausschreibung) zur Bewertung städtischer Vorlagen und zur Koordination von Klimaschutzmaßnahmen, sowie eine halbe Stelle für Öffentlichkeitsarbeit und Sachbearbeitung, über die auch in die Öffentlichkeit hinein moderiert wird.				<i>Die Stelle des <u>Energiebeauftragten</u> wurde Anfang April 2020 mit Remo Zander neu besetzt. Sie bleibt im Geschäftsbereich 4 der Technischen Gebäudewirtschaft zugeordnet.</i>
Schaffung von Fahrradwegen: Unser Ziel ist es bis zum Jahr 2025 auf den Hauptachsen Nord/Süd und Ost/West durchgängige Fahrradwege zu schaffen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür Detailplanungen (ggf. auch mittels einer externen Vergabe) mit einer Kostenschätzung bis zum 3. Quartal 2020 vorzulegen. Wo möglich sollen die Radwege getrennt vom Kfz-Verkehr auf mindestens 3 m breiten, asphaltieren und kreuzungsarmen Routen verlaufen. Sofern Kfz-Straßen benutzt werden, streben wir auf stark durch Autos befahrenen Routen mindesten 2 m breite geschützte Radwege an. Nebenstraße sollen wo sinnvoll als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Um Kreuzungsfreiheit zu erreichen, kann auch der Bau von Brücken und Unterführungen in Betracht gezogen werden.	26.02.2020	4/1		<i>Die Antragsteller haben angekündigt, ihre Wünsche und Forderungen in einem gemeinsamen Gespräch mit 4/1 zu erörtern. Dieses Gespräch hat bisher noch nicht stattgefunden. Stattdessen wurde der Antrag AT 104/2021 gestellt. Daraufhin wird zeitnah eine Vorlage mit entsprechenden umfänglichen Erläuterungen zur Umsetzung von zurückliegenden Planungen und Umsetzungen von Radwegen, den erarbeiteten Konzepten mit Bezug zum Radverkehr sowie dem weiteren „Fahrplan“ eingebracht.</i> <i>Auf Grund der Erstellung einer Potentialanalyse des Kreises für eine schnelle Radwegeverbindung von Rheinland-Pfalz bis Kreuztal-Littfeld, wurden eigene Planungen zur Nord-Süd-Achse zunächst pausiert. Der Potenzialanalyse soll nun eine Machbarkeitsstudie seitens des Kreises folgen. Dies ist zunächst abzuwarten.</i>
Förderung des Rad- und Fußverkehrs: Zur kurzfristigen Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs, die sich aus der Bürgerbeteiligung zum Mobilitätskonzept ergeben, werden im Jahr 2020 50.000 Euro bereitgestellt.	26.02.2020	4/1		<i>Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung wurden identifiziert. Die Maßnahmen sollten noch in 2020 umgesetzt werden. Viele der eingegangenen Mitteilungen beziehen sich auf Probleme, die nicht durch kurzfristige Maßnahmen gelöst werden können, sondern deren Behebung eine intensivere Begutachtung und Planung voraussetzen.</i> <i>Die bereitgestellten 50.000 Euro wurden nicht in Gänze aufgebraucht, da die Mittel für viele Kleinmaßnahmen nicht verwendet werden konnten, weil sie im Haushalt nur für investive Maßnahmen eingeplant sind. Die Übertragung der Mittel nach 2021 wurde vorgenommen.</i>
Fahrradfreundlicher Arbeitgeber: Die Stadt Siegen lässt sich 2020 als „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ zertifizieren.	26.02.2020	4/1		<i>Die Universitätsstadt Siegen ist als erste Kommune in Westfalen als „fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ zertifiziert. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat die Stadtverwaltung am 25. September 2020 mit dem Zertifikat in „Silber“ ausgezeichnet.</i> <i>Die Stadt Siegen nimmt 2021 erstmals am STADTRADELN teil und beteiligte sich erneut an der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ von ADFC und AOK.</i>
Nutzung regenerativer Energien: Die Stadt Siegen will erneuerbare Energien kurzfristig	26.02.2020	4/5-1	Stabsstelle Klimaschutz	<u>Windenergie:</u> <i>Der Landtag hat die Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW</i>

<p>ausbauen. Sie wird initiativ, um lokal und regional (über die Stadtgrenzen hinaus) Maßnahmen zur Nutzung regenerativer Energien zu ergreifen. Hierzu gehören u.a. der Ausbau der Windenergie und die Nutzung von Photovoltaik.</p> <p>Die Verwaltung prüft, welche Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen geeignet sind.</p>				<p>beschlossen, diese ist seit dem 15.07.2021 in Kraft. Damit wird geregelt, dass Windenergieanlagen einen Mindestabstand von mind. 1.000 Metern zu Wohngebäuden einhalten müssen, wenn sie als privilegiertes Vorhaben gem. § 35 (1) Nr. 5 BauGB zu genehmigen wären. Das heißt auf Flächennutzungsplanebene sind diese 1.000 Meter zwingend zu berücksichtigen. Mit einem Bebauungsplan können jedoch auch geringere Abstände unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Anforderungen planungsrechtliche sichergestellt werden.</p> <p>Das 85. FNP-Änderungsverfahren zur geplanten Ausweisung von Windenergie-Konzentrationszonen im Stadtgebiet ist wegen der unklaren Rechtslage bis auf weiteres ausgesetzt. Eine Weiterführung bzw. Neuerarbeitung unter Berücksichtigung der sich kürzlich ergebenden Vorgaben durch die Anwendung der Länderöffnungsklausel muss verwaltungsseitig geprüft werden.</p> <p>Die aktuelle Entwurfsfassung der Neuaufstellung des Regionalplanes weist auf Grund strenger Abstandsregeln in NRW nur einen Windenergiebereich als Vorranggebiet in Siegen aus. Zu berücksichtigen ist, dass die Festlegungen im Regionalplan der Bauleitplanung im Allgemeinen Gestaltungs- und Konkretisierungsspielräume lassen. Sollte diese Festlegung in Kraft treten, wäre folglich die 28. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Siegen aufzuheben, da durch dessen Ausweisungen die Regionalplanfestlegungen konterkariert würden.</p> <p><u>Photovoltaik:</u> Die Ermittlung und Erstbewertung geeigneter Flächen für PV-Freiflächenanlagen wurde durch die Verwaltung durchgeführt. Die abschließende Gesamtbewertung und Zusammenstellung aller relevanten Flächeninformationen steht noch aus. Für besonders geeignete Flächen werden im Nachgang beim Netzbetreiber Informationen zu Netzeinspeisepunkten eingeholt.</p>
<p>CO₂-neutraler Gebäudebestand: Die Stadt Siegen senkt ihren CO₂-Ausstoß durch Gebäudeheizung oder Gebäudebetrieb jährlich um mind. 5%. Ziel ist, spätestens 2040 einen CO₂-neutralen Gebäudebestand zu erreichen. Dies kann durch Heizungstausch, Heizungsoptimierung, Dämmmaßnahmen, durch Beleuchtungstausch oder die Optimierung anderer haustechnischer Anlagen (z.B. Pumpen) erfolgen. Kennzahlen sind jährlich im Rat vorzulegen, z.B. im Haushalt.</p>	26.02.2020	4/4	Stabsstelle Klimaschutz	<p>Die Stabsstelle erarbeitete eine Definition von Klimaneutralität.</p> <p>Von der Abteilung 4/4 wird eine Stellungnahme erarbeitet, welche Möglichkeiten und Grenzen zur Erreichung des angestrebten Zieles bestehen und welche Konsequenzen der Beschluss für die künftige Unterhaltung und den Neubau städtischer Gebäude haben wird. Eine Personalaufstockung wird dafür als erforderlich angesehen.</p> <p>In diesem Zusammenhang sollen auch Standards und Kennzahlen insbesondere im Hochbaubereich erarbeitet werden.</p> <p>Es laufen derzeit Vorbereitungen für die Erstellung einer Roadmap für den klimaneutralen Gebäudebestand. Dabei soll externe Expertise eingebunden werden. Im Vorfeld sollen Sofortmaßnahmen erfolgen, welche in der Zwischenzeit als Leitfaden dienen. Dabei wird auch die Definition für die Klimaneutralität festgelegt.</p>
<p>Umbau stadteigener Wälder: Für den Umbau der stadteigenen Wälder entsprechend nachhaltiger ökologischer Kriterien werden in den kommenden fünf Jahren ab 2020</p>	26.02.2020	4/6		<p>Von der Abteilung 4/6 wurde ein Konzept zur Wiederbewaldung des Stadtwaldes nach Käferkalamität, Trockenheit in den Jahren 2018 – 2019 und den Orkanen Frederike und Sabine vorgelegt.</p> <p>Von der Abteilung 4/6 wurde ein Konzept zur Bewirtschaftung des Stadtwaldes nach den</p>

jährlich insgesamt 60.000 Euro bereitgestellt, also 42.000 Euro zusätzlich zu den bereits im Haushalt eingeplanten 18.000 Euro. Das konkrete Konzept wird im Umweltausschuss vorgestellt.				<p><i>Standards des FSC-Deutschland vorgelegt, das vom AfULE in seiner Sitzung am 14.05.2020 beschlossen wurde.</i></p> <p><i>Die Vergabe des Audits an eine vom FSC zugelassene Zertifizierungsstelle wurde vorbereitet und das Vergabeverfahren abgeschlossen.</i></p> <p><i>Die Vergabe erfolgte für einen Zeitraum von 5 Jahren, da das Zertifikat auf 5 Jahre erteilt wird. In dieser Zeit finden zu Beginn ein Vor- und Erstaudit, sowie nach Erteilung des Zertifikats jährliche Überwachungsaudits statt.</i></p> <p><i>Das Vorausaudit kann im Herbst 2021 beginnen, das Erstaudit folgt im Frühjahr 2022.</i></p>
Verbesserung des ÖPNV: Die Stadt unterstützt die Pläne des Kreises, kurz- und langfristige Verbesserungen für die Nutzer*innen des ÖPNV umzusetzen und den ÖPNV umweltfreundlich zu gestalten. Die Stadt Siegen wird die Bemühungen zur Verbesserung des ÖPNV durch infrastrukturelle Maßnahmen (Busspuren, Haltestellenprogramm) verstärken.	26.02.2020	4/1		<p><i>Ist laufendes Geschäft der Abteilung 4/1.</i></p> <p><i>Ergänzende Informationen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Busspur Reichwalds Ecke: Vorlage 3094/2020 im Verka 8.9.2020</i> - <i>Haltestellenprogramm 2020 war: Kaisergarten (beide Seiten), Hubertusweg, Fischbacherberg Wende, Löhrtor (Obergraben)</i> - <i>Haltestellenprogramm 2021 ist: u. a. Koblenzer Str. (Ausbau erfolgt in 2022), Haltestellen Eiserfelder Straße im Zuge Ausbau Eiserfelder Str. 2.BA</i> - <i>Fortschreibung Haltestellenprogramm in Vorbereitung</i> - <i>ZOB Geisweid: Zuschussantrag ist gestellt, Rückmeldung steht aus</i> - <i>ÖPNV-Beschleunigung an LSA: mündlicher Bericht im Verka 8.9.2020</i>
Gewinnabführung der SVB: Zur Finanzierung der genannten Maßnahmen werden in den nächsten 5 Jahren jeweils Mittel aus der beabsichtigten Gewinnabführung der SVB (Auflösung der Rücklage zum Netzerwerb) in Höhe von bis zu 150.000 Euro abzüglich der Summe, die durch eine Förderung bereit gestellt würde (Personal), 100.000 Euro (Kleinmaßnahmen Klimaschutz) und 200.000 Euro (Planungskosten investiver Maßnahmen, investive Einzelmaßnahmen) bereitgestellt.	26.02.2020	3/1		<p><i>Eine Veranschlagung im Haushalt 2020 ist erfolgt unter:</i></p> <p><i>Investive Klimaschutzmaßnahmen:</i> <i>Produkt: 14.01.01 / Investition I140101001 Klimaschutzmaßnahmen</i> <i>Ansatz: 200.000 Euro</i></p> <p><i>Konsumtive Kleinmaßnahmen zum Klimaschutz:</i> <i>Produkt: 14.01.01 / Investition I140101000 Klimaschutzmaßnahmen</i> <i>Ansatz: 100.000 Euro</i></p> <p><i>Aufgrund des Personalwechsels im Themenbereich Klimaschutz konnten die Mittel nicht wie angedacht verausgabt werden. Daher wurden die Mittel auf das HH-Jahr 2021 übertragen. Derzeit werden verschiedene Projekte anderer Fachabteilungen geprüft, ob sie dem Klima dienlich sind und somit aus den Mitteln unterstützt werden sollen, wie o. g.</i></p> <p><i>Dachbegrünungsmaßnahme auf der Jung-Stilling-Schule.</i></p>
Prüfung von Zuschussmöglichkeiten: In diesem Zusammenhang sind alle Zuschussmöglichkeiten zu prüfen und, wo sinnvoll, in Anspruch zu nehmen.	26.02.2020	Fach- abteilung en/ Stabs- stelle		<p><i>Die evtl. Bezuschussung von Maßnahmen wird durch die jeweiligen Fachabteilungen geprüft. Die Stabsstelle leitet intern zudem oft Förderinformationen weiter oder unterstützt die Fachabteilungen im Rahmen konkreter Projekte bei der Auswahl geeigneter Programme.</i></p>
Vertreter von Fridays for Future im AfULE: Der Rat der Universitätsstadt Siegen begrüßt die Entsendung einer Vertreterin/eines Vertreters der Klimastreikbewegung Fridays for Future als beratendes Mitglied in den Umweltausschuss und	26.02.2020	Büro BM		<p><i>12.03.2020</i></p> <p><i>Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 26.02.2020 beschlossen, einen Vertreter des Vereins HaSi e.V. als Sachverständigen mit einem Sitz im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie einzubinden.</i></p> <p><i>Eine erste Teilnahme ist in der Sitzung des AfULE am 14.05.2020 erfolgt.</i></p>

beauftragt die Verwaltung, die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen und entsprechende Gespräche mit der Bewegung zu führen.				
Fahrradabstellplätze im Parkhaus Apollo-Theater Der Rat der Universitätsstadt Siegen überweist den Antrag, im Parkhaus Apollotheater Abstellplätze für Fahrräder einzurichten, zur weiteren Prüfung an die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH (KEG). Der Rat ist über das Ergebnis zu informieren.	06.05.2020	GBL3		<i>erledigt</i>
Anschaffung Energiemanagementsystem Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Mittel für die Beschaffung einer Energiemanagementsoftware in Höhe von rd. 15.000 Euro möglichst noch in 2020 zur Verfügung zu stellen (abweichend von Ziffer 3 Teil 1 des Antrags der Fraktionen CDU und SPD).	15.12.2020	Abt. 4/4-3		<i>Die bisherige Software ist veraltet. Daher wurden bereits verschiedene Softwarelösungen durch den Energiebeauftragten geprüft. Eine zeitnahe Beschaffung wird angestrebt.</i>
Einrichtung Stelle Radverkehrsplaner Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, zusätzlich zur 0,2-Stelle des Radverkehrsbeauftragten eine Vollzeitstelle für die Radverkehrsplanung einzurichten.	14.04.2021	1/1 Beig. IV Abt. 4/1		<i>Stelle wird intern besetzt.</i>
Fahrplan für konsequente Klimaschutz-Maßnahmen Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bis Ende des Jahres eine Strategie vorzulegen, wie und bis wann eine sogenannte „Roadmap“ für einen klimaneutralen Gebäudebetrieb im Jahr 2040 erarbeitet werden kann.	26.05.2021	Stabsstelle Klimaschutz/ Abt 4/4		<i>In der Übergangsphase bis zur Erstellung einer Roadmap für einen klimaneutralen Gebäudebetrieb, mit externer fachlicher Begleitung, sollen zunächst Sofortmaßnahmen gelten, welche am 22.09.2021 beschlossen werden sollen.</i> <i>Bezug zu Beschluss „CO₂-neutraler Gebäudebestand“ vom 26.02.2020.</i>
Vorzeitige Ablösung des Altbauförderprogramms durch ein neues Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, das bisherige Altbauförderprogramm der Stadt Siegen zum 01.07.2021 durch ein neues Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm abzulösen.	26.05.2021	Stabsstelle Klimaschutz		<i>Das neue Förderprogramm ist zum 01.07.2021 in Kraft getreten. Für die Beantragung wurde ein elektronisches Anmeldeformular im Serviceportal eingerichtet. Von fünf eingegangenen Anträgen wurden bis Anfang August drei bewilligt. Eine erneute Bewerbung ist in Vorbereitung.</i>
Fahrradwegenetz 2025 Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, einen Sachstandsbericht über die	23.06.2021	Abt. 4/1		<i>Siehe Beschluss „Schaffung von Fahrradwegen“ vom 26.02.2020.</i>

<p>bisherigen Planungen zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 26.02.2020 zu den durchgängigen Fahrradwegen auf den Nord-Süd- und Ost-West-Achsen dem Rat nach den Sommerferien 2021 vorzulegen.</p> <p>Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Radwegeplanung des Kreises Siegen-Wittgenstein, die die Stadt Siegen betrifft, in den zuständigen städtischen Gremien (AK Radverkehrsplanung, Verkehrsausschuss, Bauausschuss) vorzustellen und mit der städtischen Radwegeplanung zu vergleichen und abzustimmen.</p>				
---	--	--	--	--

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4
Bereich: Stabsstelle Klimaschutz
Bearbeitet von: Herr Daub

Siegen, 20.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie	24.08.2021
Bauausschuss	25.08.2021
Haupt- und Finanzausschuss	01.09.2021
Rat	22.09.2021

Kurzbezeichnung:

Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO₂-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.
4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.
6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

Sachverhalt / Begründung:**Gliederung:**

1. Was bedeutet eigentlich Klimaneutralität?
2. Klimakompensation
3. Was sind Klimaneutrale Gebäude?
4. Fazit

Sachverhalt und Begründung:**1. Was bedeutet eigentlich Klimaneutralität?**

Der menschengemachte Klimawandel durch die Emission von Treibhausgasen ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Ein ungebremsster Klimawandel führt zu massiven ökologischen Schäden und enormen volkswirtschaftlichen Kosten. Investitionen, welche heute zur Vermeidung bzw. Verminderung der globalen Erwärmung getätigt werden, führen daher zu Kosteneinsparungen, die sich auch volkswirtschaftlich auszahlen. Neben globalen Aspekten führen nachweislich regionale Klimaschutzaktivitäten zu konkreten Vorteilen in der Region wie etwa regionale Wertschöpfung, Akzeptanz und Identifikation von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern. Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen, wurde 2015 das Paris-Abkommen verabschiedet. Um die darin definierten Ziele zu erreichen, ist es notwendig, schnellst möglich die Treibhausgasemissionen auf das absolute Minimum reduzieren. Gleichzeitig müssen Treibhausgassenken ausgebaut werden, um zu einer ausgeglichenen Bilanz von null Emissionen zu kommen. Die Klimapolitik der EU sieht mit dem European Green Deal vor bis 2050 in der EU die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent klimaneutral zu werden.

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 26.02.2020 u.a. folgenden Beschluss zur Umsetzung der Klimaschutzerfordernisse gefasst (CO₂-neutralen kommunalen Gebäudebestand bis spätestens 2040):

„Die Stadt Siegen senkt ihren CO₂-Ausstoß durch Gebäudeheizung oder Gebäudebetrieb jährlich um mind. 5%. Ziel ist, spätestens 2040 einen CO₂-neutralen Gebäudebestand zu erreichen. Dies kann durch Heizungstausch, Heizungsoptimierung, Dämmmaßnahmen, durch Beleuchtungstausch oder die Optimierung anderer haustechnischer Anlagen (z.B. Pumpen) erfolgen. Kennzahlen sind jährlich im Rat vorzulegen, z.B. im Haushalt.“

Aktuelles:

Das **Bundesverfassungsgericht (BVerfG)** hat im April 2021 mehrere Klagen verschiedener Klimaschutzorganisationen für begründet und das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens mit seinem Urteil für verfassungsrechtlich verbindlich erklärt. Grund ist, dass die nach dem Pariser Klimaschutzabkommen notwendigen CO₂-Reduktionen weitgehend in die Zukunft verlagert seien, um die Gegenwart mit politisch mutmaßlich unbequemen, drastischen Maßnahmen zu verschonen. Das Klimaschutzgesetz hatte definiert, dass Deutschland, entsprechend der Pariser Verabredungen, bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden soll-

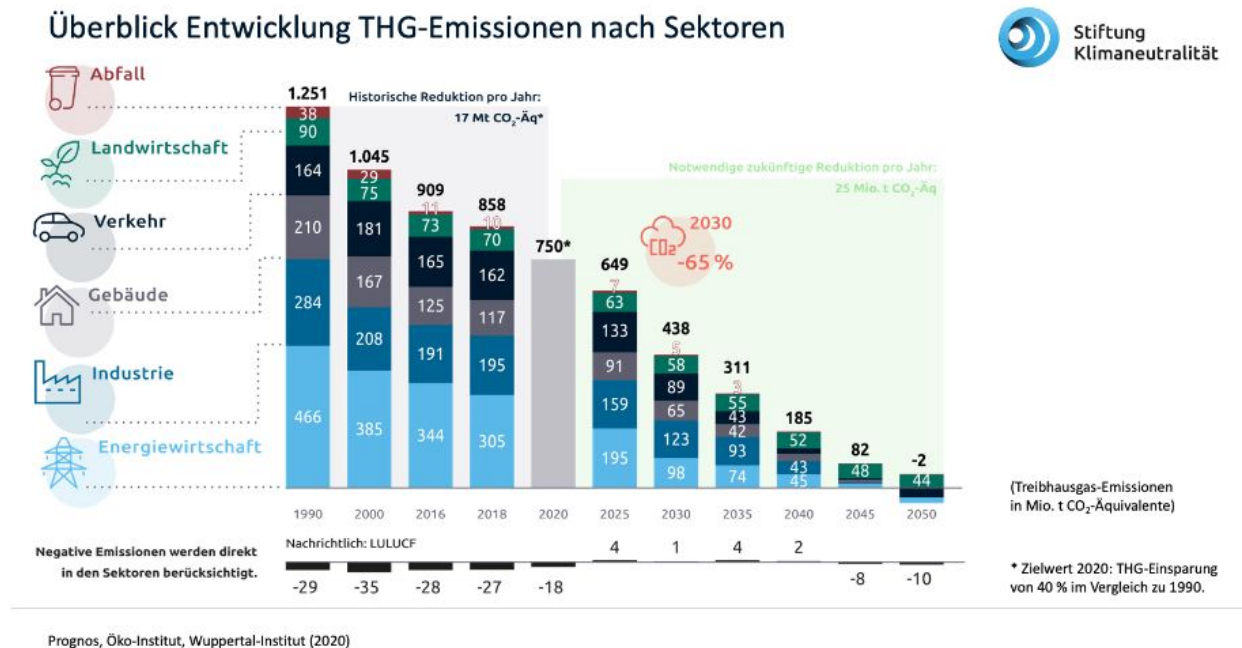
le. Bis 2030 sollen nach dem Gesetz 55 Prozent der notwendigen CO₂-Einsparungen erreicht werden, dazu wurden für verschiedene Gesellschaftsbereiche bestimmte Einsparziele festgelegt – aber nur bis zum Jahr 2030. Die notwendigen weiteren Reduktionen für die Zeit zwischen 2031 und 2050 hat der Gesetzgeber offengelassen, obwohl die mutmaßlich am schwersten zu erreichen sein werden.

Am 12. Mai 2021 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Klimaschutzgesetzes. Darin wird unter anderem ein verbindlicher Pfad zur Klimaneutralität beschrieben, die statt 2050 bereits im Jahr 2045 erreicht werden soll. Das Zwischenziel für 2030 wird von derzeit 55 auf 65 Prozent Treibhausgasminderung gegenüber 1990 erhöht, und für 2040 gilt ein neues Zwischenziel von 88 Prozent Minderung. Zusätzlich zum Beschluss des neuen Klimaschutzgesetzes kündigte die Bundesregierung ein Sofortprogramm an, das die Umsetzung der neuen Klimaschutzziele für die verschiedenen Sektoren unterstützen soll – mit einer zusätzlichen Förderung von bis zu acht Milliarden Euro sowie mit zusätzlichen Vorgaben. Unter anderem sollen die Energiestandards für Neubauten gestärkt werden.

Das im Dezember 2019 verabschiedete „**Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen**“ (kurz: **Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG**) regelt die zum 01.01.2021 eingeführte CO₂-Bepreisung für Brennstoffe in Form eines nationalen Emissionszertifikatehandels, die indirekt alle Bürger, Unternehmen und Kommunen betrifft. Die Bepreisung sieht zunächst für 2021 einen CO₂-Preis von 25[€/t CO₂] vor und soll wie folgt steigen (2022 – 30 €; 2023 – 35 €, 2024 – 45€, 2025 – 55 €, 2026 –55-65€). **Somit führen alle kommunal erzeugten CO₂-Emissionen (Heizungen, Verstromung mittels fossilen Brennstoffen, fahrtbedingte Verbräuche Benzin/Diesel etc.) zu Mehrkosten für die Stadt Siegen. Eine Tonne CO₂ verursacht gemäß Umweltbundesamt Schäden von 195 Euro, es ist daher davon auszugehen, dass die CO₂-Bepreisung in den Folgejahren weiter steigen wird, was bei kommunalen Entscheidungen Berücksichtigung finden muss.** Diesbezüglich gilt es jedoch Rahmenbedingungen und Begrifflichkeiten einheitlich zu definieren.

Treibhausgasemissionen - Was versteht man unter Klimaneutralität?

Würden die weltweiten Emissionen konstant bleiben, wäre das Budget für eine Erreichung des 1,5 °C-Zieles in etwa zehn Jahren aufgebraucht. Bei einer linearen Absenkung ist eine Klimaneutralität bis 2035 erforderlich, wobei entwickelte Staaten ihre Emissionen schneller senken müssen, um den anderen Staaten noch etwas mehr Zeit für die Entwicklung zu geben.



Definition des Europäischen Parlaments:

„Klimaneutralität bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen Kohlenstoffemissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsenken herzustellen. Um Netto-Null-Emissionen zu erreichen, müssen alle Treibhausgasemissionen weltweit durch Kohlenstoffbindung ausgeglichen werden.“

Bisher gibt es keine künstlichen Kohlenstoffsenken, die Kohlenstoff in dem Maße aus der Atmosphäre entfernen können, wie es zur Bekämpfung der globalen Erwärmung notwendig wäre. Als Kohlenstoffsenke wird ein System bezeichnet, das mehr Kohlenstoff aufnimmt als es abgibt. Die wichtigsten natürlichen Kohlenstoffsenken sind Böden, Wälder und Ozeane. Laut Angaben des EU-Parlaments entfernen natürliche Senken zwischen 9,5 und 11 Gt CO₂ pro Jahr.

(Quelle: [http-](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU(2018)626092_EN.pdf)

[ps://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU\(2018\)626092_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU(2018)626092_EN.pdf))

Der weltweite Kohlendioxidausstoß durch fossile Brennstoffe lag 2019 bei fast 37 Gigatonnen. [Global carbon emissions growth slows, but hits record high \(stanford.edu\)](https://www.stanford.edu/content/press/2020/04/global-carbon-emissions-growth-slows-but-hits-record-high/)

Dabei verursachen die fossilen Brennstoffe nur etwa 85% der Treibhausgasemissionen.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen#energiebedingte-treibhausgas-emissionen>

Werden die übrigen Emissionen aus Landnutzungsänderungen und Zementherstellung berücksichtigt, ist von etwa 42 Gigatonnen Gesamtemissionen auszugehen. Mit zunehmender Erwärmung können die Ozeane zudem weniger CO₂ aufnehmen, sodass die Kohlenstoffsenken kleiner werden. Zudem geben Böden bei steigenden Temperaturen ebenfalls vermehrt CO₂ in die Atmosphäre ab.

Die konsequenteste Form der klimaneutralen Energienutzung ist die Nutzung von treibhausgasfreien Energiequellen wie der Sonnen-, Wind- und Wasserenergie in allen Ausprägungen.

Auch die Nutzung pflanzlicher, also nicht fossiler Brennstoffe, wird als klimaneutral angesehen. Das Wachstum der Pflanzen ist gleichbedeutend mit dem CO₂-Entzug aus der Luft. Dem entgegenstehen die Freisetzung von CO₂ bei deren Zersetzung oder Verbrennung und das Nachwachsen einer gleich großen Pflanzenmenge. Somit spricht man hier von einem geschlossenen Kreislauf, durch den die CO₂-Konzentration der Luft nicht relevant verändert wird. Bei der Biomassenutzung sind jedoch Auswirkungen auf den Nährstoffkreislauf in Verbindung mit Bodenabbau sowie Konkurrenzen zur Nahrungsmittelerzeugung ein limitierender Faktor, weshalb es da vorwiegend auf die Nutzung von Reststoffen hinausläuft. Zudem ist die Zeitspanne zum erneuten Binden des Kohlenstoffes zu berücksichtigen.

2. Klimakompensation:

Kompensieren bedeutet ausgleichen – heißt: eine bilanzierte Menge an Treibhausgasen bspw. einer Veranstaltung, eines Projektes, eines Gebäudes, eines Unternehmens oder einer Kommune, wird an einem Ort oder eben einer Stadt ausgestoßen. Nicht zu vermeidende Emissionen, müssen kompensiert werden, um Klimaneutralität zu erreichen. Dafür sind Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz oder andere saubere und kohlenstoffarme Technologien nötig. Dafür werden in einem Klimaschutzprojekt an anderer Stelle Emissionen mit der mindestens gleichen Klimawirksamkeit vermieden bzw. aufgenommen. In der Summe bleiben die weltweiten Treibhausgasemissionen also gleich – die ausgestoßenen Gase werden „ausgeglichen“.

Das Prinzip der Kompensation funktioniert, weil es für das Klima unerheblich ist, an welchem Ort Treibhausgase ausgestoßen oder eingespart werden. Entscheidend ist die Konzentration von klimawirksamen Gasen insgesamt in der Atmosphäre. Das unterscheidet den Klimawandel von anderen, lokal begrenzteren Umweltproblemen wie beispielweise Wasser- oder Luftverschmutzung.

Darüber hinaus kann das Schaffen von natürlichen Kohlenstoffsinken über bspw. Aufforstung erfolgen. Perspektivisch, mit kleiner werdendem Restbudget, wird die Kompensation durch Vermeidung zusätzlicher Emissionen andernorts gegenüber der Kompensation durch Kohlenstoffsinken in den Hintergrund treten.

Zwischenergebnis:

Gemäß dem Ratsbeschluss vom 26.02.2020 muss die Stadt Siegen die Treibhausgasemissionen sukzessive senken (jährlich um mehr als 5%), um die Emissionen des Betriebs des Gebäudebestands insgesamt bis 2040 auf null zu reduzieren. **Bezogen auf den heutigen und zukünftigen Gebäudebestand bedeutet dies: Alle zur Zielerreichung notwendigen baulichen Aktivitäten, bei Sanierungen und Neubauten gleichermaßen, müssen mit einer deutlich niedrigeren CO₂-Intensität als bislang, durchgeführt und bis allerspätestens 2040 klimaneutral betrieben werden.** Hierfür ist eine systematische Herangehensweise notwendig, um die notwendigen Aktivitäten zielgerichtet umzusetzen. Der kommunale Gebäudebestand ist ein entscheidender Ansatzpunkt beim kommunalen Klimaschutz. Die Klimaschutzziele und der mittelfristige wirtschaftliche Betrieb (aufgrund der CO₂-Bepreisung), machen hohe Energiestandards bei jeder Sanierung und bei jedem Neubau **zwingend erforderlich und wirt-**

schaftlich. Wird dem keine oder zu spät Relevanz beigemessen, ist die Chance, für die nächsten zwanzig bis vierzig Jahre vergeben und die **Emissionen müssen mit nicht absehbaren Kompensationskosten hinterlegt werden.**

Zur Erreichung können und müssen unterschiedliche Bausteine umgesetzt werden, bspw. **Sanierungsfahrpläne für ganzheitliche Komplettsanierungen der Gebäude statt Einzel-Gewerke-Maßnahmen, besserer Baustandard als GEG bei Neubau und Sanierung (mind. Passivhaus im Neubau & KfW 55 im Bestand), Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude etc., CO₂-neutrale Wärmeversorgung und Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien.** Heißt für die Stadt Siegen, dass die Stadtverwaltung mit ihren Liegenschaften mittelfristig mindestens so viele CO₂-Emissionen beseitigen muss, wie sie selbst produziert

Gemäß dem Ratsbeschluss vom 26.05.2021 ist die Verwaltung beauftragt, bis Ende des Jahres eine Strategie vorzulegen, wie und bis wann eine sogenannte „Roadmap“ für einen klimaneutralen Gebäudebetrieb im Jahr 2040 erarbeitet werden kann. Diese soll aufzeigen, **welcher Ressourcen (Finanzen, internes bzw. externes Personal, technische Leitlinien und Dienstanweisungen, Monitoring etc.) dafür eingesetzt werden müssen.** Bis zum Abschluss dieser Roadmap wird realistischer Weise eine gewisse Zeit vergehen. Um bis dahin keine Fehlinvestitionen zu treffen, sind Sofortmaßnahmen zu beschließen.

Dennoch ist zur Klimakompensation zu sagen, dass es unvermeidbare CO₂-Emissionen auch in Zukunft geben wird. Hier spielt dann die Kompensation durch (idealerweise) regionale Klimaschutzprojekte (Aufforstung, Windkraft, PV-Stromerzeugung, Verwendung biologischer Baustoffe, CO₂-neutrale Wärmeversorgung, Plus-Energie Häuser etc.), oder anderweitige Kompensationsprojekte, eine bedeutende Rolle für die Zielerreichung. **Diese sind mit steigenden Kosten (Aufgrund der CO₂-Bepreisung) im Haushalt zu berücksichtigen (siehe Gliederungspunkt 1.).**

3. Was sind „Klimaneutrale Gebäude“:

Energiebedarf über den gesamten Lebenszyklus betrachten:

Grundsätzlich gilt: um die Nachhaltigkeit eines Gebäudes zu beurteilen, sollten alle drei Phasen – Bau, Betrieb und Rückbau – berücksichtigt werden. Für den Gebäudesektor sind also die CO₂-Emissionen in drei Phasen zu erfassen bzw. zu bilanzieren. Hier muss durch die Erstellung der Roadmap und durch die politische Willensbildung definiert werden, welche Phasen für die Stadt in Betrachtung gezogen werden.

Vorgehen:

„Nur was gemessen wird, lässt sich systematisch verbessern“ (DGNB 2020). Dies bedingt zwingend ein umfassendes Controlling aller Maßnahmen (Bilanzierung) zur Erreichung der angestrebten Klimaneutralität. Es gilt sicherzustellen, dass die Maßnahmen die tatsächlichen Einsparungen bewirken und alle erzeugten Emissionen erfasst werden. Gleiches gilt stringenter Weise auch für die zu verbuchende CO₂-Kompensationsmenge. Es muss ein Bilanzrahmen je nach CO₂-Fussabdruck (Carbon Footprint) festgelegt werden. Bspw. für die Gesamtverwaltung (Organisation), die Wertschöpfungskette (eher im Unternehmen), oder für ein/mehrere Projekt/e (projektbezogene Emissionen).

Klimaneutral wäre die Energieversorgung dann, wenn die Bilanzsumme (der in einem Jahr durch die Versorgung verursacht) null oder gar negativ ist. Dies bedeutet, dass durchaus CO₂-Emissionen im Jahresverlauf verursacht werden können, wenn sie innerhalb desselben Jahres durch Gutschriften kompensiert werden. Gemäß den Bilanzierungsregeln nach dem BSKO Standard wird der Strombezug aus dem öffentlichen Netz, dabei unabhängig davon, aus welcher Quelle der Strom kaufmännisch bezogen wird, mit dem durchschnittlichen CO₂-Mix des öffentlichen Netzes bewertet. Diese Regel verhindert, dass Klimaneutralität einfach durch den Zukauf von Grünstromzertifikaten erreicht wird. Um Klimaneutralität sicherzustellen, muss also der gesamte Strombezug lokal vor Ort ohne CO₂-Emissionen erzeugt werden. Ein sommerlicher Stromüberschuss, z. B. von PV-Anlagen, der in das Netz exportiert wird, kann dabei mit dem Stromimport im Winter verrechnet werden.

Die **Dienst- und oder Planungsanweisungen** zum energieeffizienten Bauen beziehen sich auf Neubau- und Sanierungsvorhaben sämtlicher kommunaler Gebäude und sind auf die Zielsetzungen anzupassen.

Zur Erreichung der Vorgaben müssen auch neue Betriebsanweisungen für eine höchstmögliche Energieeffizienz erarbeitet werden.

Vergabe:

Die öffentliche Hand ist zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet. **Aus diesem Grund müssen zwingend neben den Baukosten auch die Kosten der „Grauen Energie“ bei der Herstellung und die Lebenszykluskosten eines Gebäudes als Kriterium berücksichtigt werden.** Nur so kann gewährleistet werden, dass Betriebskosten und Verbrauchskosten angemessen in die Kalkulation einfließen. Ein nicht vorherzuberechnender Faktor sind aber vor allem auch die Kompensationskosten für nicht vermiedene THG-Emissionen.

Damit lässt sich verdeutlichen, warum es sinnvoll ist, bessere Energiestandards als die aktuell im Gebäudeenergiegesetz (GEG 2020) geforderten umzusetzen. Zumal das Gesetz in § 9 GEG für 2023 eine strikte Überprüfung der Anforderungen an zu errichtende und bestehende Gebäude vorsieht. Vor diesem Hintergrund regt die Verwaltung die Aufstellung eines entsprechenden Handlungskonzeptes an. Darin sollen die Themen Klimaneutralität und Biodiversität als Vergabekriterien entwickelt und in den Grundstückskaufverträgen verankert werden; zudem sind ansiedlungsinteressierte, aber auch bestehende Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Gebäude und Technik klimaneutral und biodiversitätsfördernd zu gestalten.

HINWEISE: Die Stadt Nürnberg beschließt ein so genanntes Klimaschutz- und Energieeffizienzgebot statt bisherigem Wirtschaftlichkeitsgebot, und hinterlegt dieses mit den CO₂-Vermeidungskosten – die von 50 €/t auf 200 €/t erhöht werden. Die Stadt Aachen realisiert bereits seit dem Jahr 2010 Passivhaus-Standard. Ebenso die Städte Ulm und Heidelberg. Planungsgrundsatz dabei ist, die Summe der Baukosten im Zusammenhang mit den Betriebs- und Folgekosten über die Jahre der Lebensdauer zu minimieren. Die Stadt Köln hat in Energieleitlinien 2017 den Passivhausstandard politisch beschlossen und für alle städtischen Neubau- und Sanierungsvorhaben zum Ziel gesetzt. Auch Nürnberg, Arnsberg, Soest, der Kreis Soest, Essen oder Münster haben sich politisch auf den Weg der Klimaneutralität bis 2030-2035 gemacht.

4. Fazit

Die internationale Klimakonferenz Ende 2015 in Paris hat ein eindeutiges Signal an die Gesellschaft gegeben, welches der European Green Deal aufgreift. Auch das jüngste Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** verdeutlicht eine deutliche **Fokussierung auf die Treibhausgasemissionen und wird zu steigenden CO₂-Preisen und höheren Grenzwerten** führen. Der menschengemachte Klimawandel ist unbestritten und die Umsetzung der Ratsbeschlüsse bedürfen weitreichender Entscheidungen und Strukturierungen innerhalb der Verwaltung.

Ergänzend zur Versorgung und eigenen THG-Kompensation ist zu beschließen, zukünftig auf den Liegenschaften der Verwaltung die Solarnutzung über Thermische oder Photovoltaik-Anlagen mit größtmöglicher Leistung auszulegen und auch bei der Sanierung von Dächern, nach statischer Überprüfung und oder Verbesserung, mit maximaler Fläche (Vorbild Nürnberg) zur errichten. Dabei ist die Kombination mit Gründächern umzusetzen.

Für alle Maßnahmen muss ein umfassendes Controlling und Monitoring erarbeitet und implementiert werden. Ebenso gilt es Dienst- und oder Planungsanweisungen, Betriebsanweisungen und Vergabegrundsätze dahingehend anzupassen. **Alle im städtischen Betrieb genutzten fossilen Energieträger werden zu massiven Preissteigerungen und zusätzlichen Kosten im Haushalt führen. Mit der aktuellen personellen und finanziellen Ausstattung sind die zu erreichenden Zielsetzungen nicht umsetzbar.**

Bezüglich der „Sofortmaßnahmen Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ können keine konkreten finanziellen Auswirkungen für noch fiktive individuelle Bauprojekte und Maßnahmen in Zahlen beziffert werden. Ab sofort müssen für die zukünftigen planungsreifen Neubauten im „neuen“ Standard, und die anfallenden Dachsanierungen (für die PV-/bzw. Solaranlagen) jeweils Haushaltsmittel projektbezogen eingestellt werden. Demgegenüber stehen Einsparungen durch Fördermöglichkeiten, geringere Verbräuche, Verdrängung des Stromfremdbezugs und mögliche Zahlungen der EEG-Vergütung bei Überschusseinspeisung sowie die vermiedenen CO₂-Kosten.

Die zugrundeliegende Definition von Klimaneutralität und Klimaneutralem Gebäudebetrieb führt dazu, dass Grundsatzbeschlüsse zum Baustandard für Neu- und Sanierungsbauten, sowie klare Vorgaben für die CO₂-neutrale Wärmeversorgung getroffen werden müssen. Des Weiteren müssen Kosten für Personal und die Maßnahmen, Kompensation über einen Fahrplan (bspw. „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“) definiert und beschlossen werden. Dies muss aufgrund der Komplexität und Tragweite extern erarbeitet werden. Bis dahin wird die Stadtverwaltung gemäß der Beschlussvorschläge alle Bauten bearbeiten. Die Komplettsanierungen von Gebäuden statt Einzel-Gewerke-Maßnahmen müssen perspektivisch Standard werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO ₂ -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz Mit der Umsetzung der Sofortmaßnahmen zielt die Stadt Siegen auf die Umsetzung der Klimaschutzbeschlüsse des Rates vom 25.09.2019 und 26.02.2020 ab. Dadurch werden Neu- und Anbaumaßnahmen, welche vor Fertigstellung der Roadmap für den klimaneutralen Gebäudebestand erfolgen, bereits so errichtet, dass sie den zu erwartenden Anforderungen an den Klimaschutz im Gebäudebereich gerecht werden.			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) Das Ausmaß der Reduktion ist abhängig von der Anzahl und Ausgestaltung der durchgeführten baulichen Maßnahmen. Folgende Ziele aus dem Zielkonzept werden mit den Beschlüssen unterstützt: Teilziel Energieeffizienz; Teilziel Einsatz regenerativer Energien / geringer emittierender Energieträger Mit den Sofortmaßnahmen werden die Klimaschutzbeschlüsse des Rates vom 25.09.2019 und 26.02.2020 umgesetzt, sodass keine Alternative besteht.			

i. V.

gez.

Schumann

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4 / 5
Bereich: 4/4-2 / 5/4
Bearbeitet von: M. Busch, J. Heide, C. Uhr

Siegen, 01.06.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	09.06.2021
Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid	15.06.2021
Rat	23.06.2021
Ausschuss für Schule und Bildung	29.06.2021
Bauausschuss	25.08.2021

Kurzbezeichnung:

**Ausbau der Albert-Schweitzer-Schule zur Erfüllung des Raumbedarfs
- kurzfristiges Erfordernis eines Containerbaus -**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, im Übergang bis zur Erfüllung des Raumbedarfs der Albert-Schweitzer-Schule als zukünftig vierzünftig geführte Ganztagsgrundschule, den Erwerb eines Containergebäudes vorzunehmen.

Der Ausschuss für Schule und Bildung und der Bauausschuss nehmen den Beschluss aufgrund der Dringlichkeit und mit Blick auf die Beratungsfolge ebenso wie der Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangssituation

Schülerzahlenprognose

In den ehemaligen Einzugsbereichen der drei Grundschulen Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule ist – auch aufgrund von zuziehenden und zuwandernden Familien, die im Raum Geisweid Wohnraum gefunden haben – ein anwachsendes

Schülerpotential festzustellen. Vor diesem Hintergrund werden für die Grundschulen steigende Schülerzahlen erwartet.

Sollten die Schülerzahlen der Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sich in diesem Maße entwickeln, wird es notwendig sein, zukünftig jährlich jeweils 8 statt der bisher üblichen 6 Eingangsklassen einzurichten, um so eine ausreichende Anzahl von Schulplätzen zu gewährleisten.

Schon im Anmeldeverfahren zum Schuljahr 2021/2022 ist die Bildung von 8 Eingangsklassen notwendig.

	Anmeldungen	Eingangsklassen
Albert-Schweitzer-Schule	65	3
Birlenbacher Schule	56	2
Geisweider Schule	64	3
Insgesamt	185	8

Im Hinblick auf die kommenden Jahre ist es erforderlich, die Zügigkeiten so zu erhöhen, dass die zukünftig schulpflichtig werdenden Kinder wohnortnah beschult werden können.

Die Schulgebäude der drei Schulen sind in ihrer jetzigen Form jedoch für eine Erhöhung der Zügigkeit, auch unter den Gesichtspunkten Integration, Inklusion und Ganzttag, nicht ausgelegt.

Zügigkeit

Die Albert-Schweitzer-Schule, Birlenbacher Schule und Geisweider Schule sind gemäß Ratsbeschluss vom 05.07.2017 hinsichtlich der Zügigkeit der Eingangsklassen (Schuljahre 2018/2019 bis 2021/2022) auf eine Zweizügigkeit festgelegt. Abweichend davon ist für einzelne Schuljahre festgelegt, dass 3 Eingangsklassen gebildet werden können. Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung bei den Anmeldezahlen können sich Veränderungen ergeben, die wiederum Nachsteuerungen erfordern.

Schon im Schuljahr 2021/2022 wird die Albert-Schweitzer-Schule u.a. mit Blick auf Schülerinnen und Schüler, die länger in der Schuleingangsphase verbleiben, in 11 Klassen beschulen. Sie wird somit, mit Ausnahme der zukünftigen Jahrgangsstufe 4, dreizügig geführt. Dies wiederum ist nur durch die Umwandlung des derzeitigen Werkraums in einen Unterrichtsraum sowie durch die multifunktionale Nutzung eines originären Betreuungsraums möglich.

Die Gesamtzahl an Klassen an den drei Grundschulen im Raum Geisweid könnte folgendermaßen aussehen:

- Schuljahr 2020/2021 26
- Schuljahr 2021/2022 28
- Schuljahr 2022/2023 30*
- Schuljahr 2023/2024 31*
- Schuljahr 2024/2025 31*

* voraussichtliche Klassenbildung auf Grundlage der Schülerzahlenprognose

Insgesamt werden die zu bildenden Klassen nicht in den Gebäuden der drei Grundschulen unterzubringen sein. Ein Umlenken auf entferntere Grundschulen wie die Glückaufschule und Friedrich-Flender-Schule in Weidenau scheidet aufgrund der großen Anzahl von Schülerinnen und Schülern aus.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung in einem ersten Schritt zur Prüfung möglicher Erweiterungen die Schulgebäude und -gelände der drei Grundschulen sowie deren Lage im Raum Geisweid in den Blick genommen.

Dabei liegt der Standort der Albert-Schweitzer-Schule zwischen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule. Wird die Albert-Schweitzer-Schule räumlich erweitert, könnten Schülerinnen und Schüler aus den ehemaligen Einzugsbereichen der Birlenbacher Schule und der Geisweider Schule, die aufgrund mangelnder Aufnahmekapazitäten an ebendiesen Schulen keinen Schulplatz an der nächstgelegenen Grundschule erhalten, alternativ an der nahegelegenen Albert-Schweitzer-Schule aufgenommen werden. Ein unnötig langer Schulweg aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Geisweider Schule bis zur Birlenbacher Schule bzw. aus dem ehemaligen Einzugsbereich der Birlenbacher Schule zur Geisweider Schule kann so hoffentlich vermieden werden.

Entsprechend soll vorrangig die Erweiterung der Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Grundschule forciert werden. Der Anstieg der Schülerschaft und die dafür zu bildenden Klassen soll mit einer baulichen Erweiterung des Standortes der Schule (Amselweg) oder der Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes im Rüsterweg aufgefangen werden.

Erfordernis einer Übergangslösung

Mit Blick auf die oben genannten Schülerzahlen der kommenden Schuljahre wird ersichtlich, dass schon zum Schuljahr 2022/2023 Räumlichkeiten benötigt werden, die an den drei Grundschulen nicht vorhanden sind und auch nicht durch eine verstärkte multifunktionale Nutzung im Bestand geschaffen werden können.

Um allen Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz bieten zu können, ist die Schaffung von weiterem Schulraum alternativlos.

Die Verwaltung wird folglich die Reaktivierung des ehemaligen Gebäudes der Albert-Schweitzer-Schule im Rüsterweg sowie die Erweiterung des aktuellen Schulgebäudes im Amselweg prüfen und einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten.

Bis zur abgeschlossenen Prüfung und endgültigen baulichen Umsetzung des dann gegebenen Vorschlags ist jedoch eine Übergangslösung in Form der Nutzung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude (Rüsterweg) oder der Aufstellung eines Containergebäudes am jetzigen Schulgebäude (Amselweg) anzustreben.

Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes Rüsterweg

Die notdürftige Herrichtung von Unterrichtsräumen im ehemaligen Schulgebäude Rüsterweg bis Sommer 2022 wird von der Verwaltung bezogen auf den Zustand der Räumlichkeiten und den Zeitplan als problematisch bzw. unmöglich angesehen. Hinzukommt, dass die sanitären Anlagen im Untergeschoss der Schule nur schwer zugänglich sind und in dieser Form nicht genutzt werden können, so dass eine mobile Sanitäreinrichtung auf dem Schulgelände aufgestellt werden müsste.

Da nicht gewährleistet werden kann, dass die erforderlichen Räumlichkeiten bis zum Beginn des Schuljahres 2022/2023 tatsächlich hergerichtet werden können, wird die Aufstellung eines Containergebäudes unumgänglich.

Aufstellung eines Containergebäudes am aktuellen Standort Amselweg

Das Containergebäude soll für den Übergang genutzt werden, bis die Albert-Schweitzer-Schule durch die Reaktivierung des ehemaligen Schulgebäudes oder eine bauliche Erweiterung des Bestandsgebäudes über die Räumlichkeiten einer vierzügigen Ganztagsgrundschule verfügt.

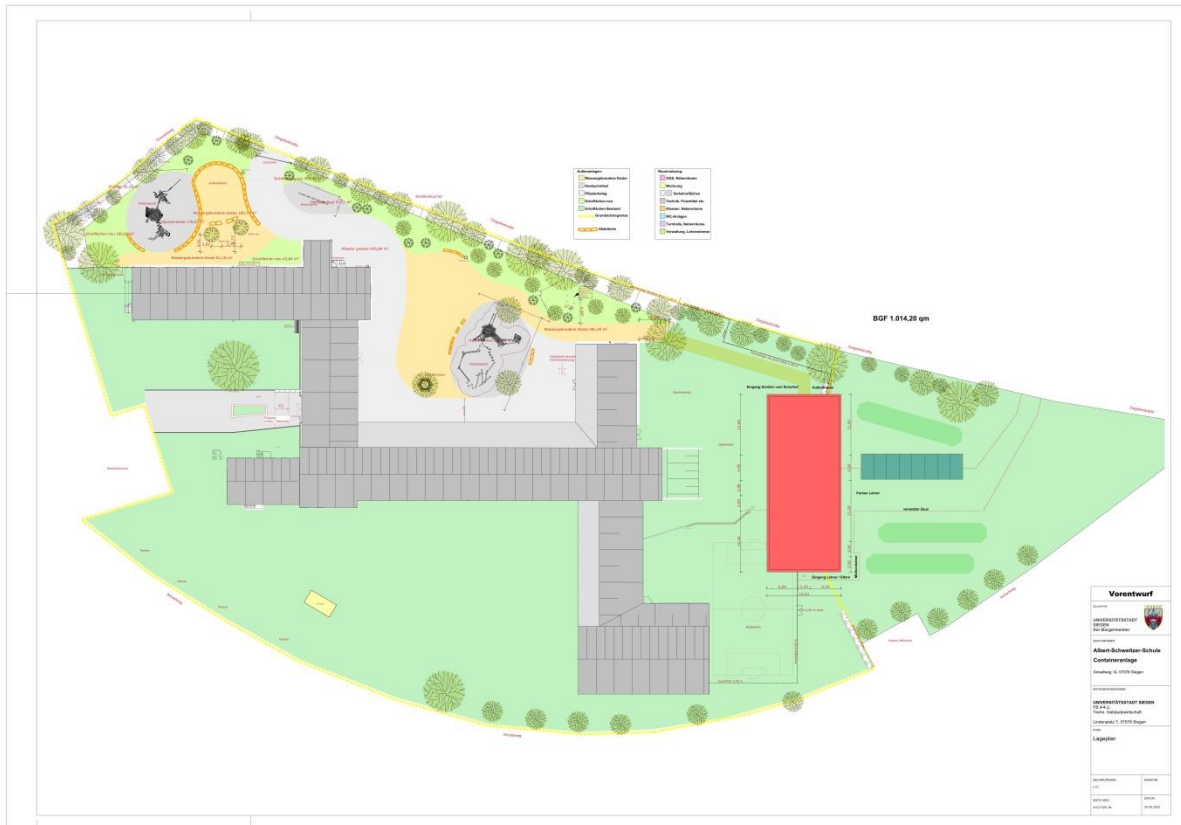
Bei einer auf Modulen beruhenden Containeranlage sind die Raumgrößen nicht variabel wählbar, so dass nicht in jedem Fall Raumgrößen erreicht werden, welche den ehemals geltenden Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen entsprechen. Des Weiteren wird die Anlage den Ansprüchen der Barrierefreiheit nicht gerecht.

Aus diesen Gründen soll die Containeranlage als Übergangslösung dienen und die notwendige Schaffung von Schulraum nicht ersetzen.

Erfordernis eines Containerbaus

Vorentwurf

Ein erster Vorentwurf mit dem Raumprogramm des Planungsauftrags zur Erweiterung der Albert-Schweitzer-Schule zu einer vierzügigen Ganztagsgrundschule als Grundlage wurde Anfang März vorgestellt und mit ersten geschätzten Kosten beziffert.



Der Entwurf sieht eine separate Containeranlage auf der Spielwiese des Schulgebäudes vor, in dem Bereich, in dem auch die provisorische Kita der AWO (Rüsterweg) stand. Die Versorgungsrohre der Kita wurden für etwaige neue Containeranlagen bewusst nicht zurückgebaut. Die Lage etwas abseits des Schulgebäudes ist erforderlich, da aktuell die Ausbildung für die, je nach Ergebnis der Prüfungen, anstehende Erweiterung des Schulgebäudes noch nicht definiert ist.

Nach gemeinsamer Prüfung dieses Vorentwurfs wurde das Raumprogramm für die provisorische Containeranlage auf ein Minimum beschränkt. Im April wurden der überarbeitete Entwurf und die geschätzten Kosten für die Mietdauer einer Containeranlage für 3-5 Jahre dargestellt und alternativ der Erwerb einer Containeranlage mit möglichen Kosten beziffert.

Die geplante zweigeschossige Containeranlage ergibt eine Brutto-Grundfläche von ca. 1.015 qm mit:

- 5 Klassenräume à 67,80 qm
- 2 Differenzierungsräume à 26,90 qm
- 1 Mehrzweckraum à 60,10 qm
- 1 Mehrzweckraum à 67,80 qm
- 2 Betreuungsräume à 67,80 qm
- 1 (zweites) Lehrerzimmer à 26,90 qm
- 1 Besprechungsraum à 15,90 qm
- 1 Büro mit Liege à 15,90 qm

Hinzu kommen die notwendige Anarbeitung der Außenanlagen, eine befestigte Zufahrt sowie 5 Stellplätze für Lehrer und 3 Stellplätze für OGS-Personal. Die geplante Containeranlage entspricht den Vorgaben der Energieeinsparverordnung. Dadurch ist auch der sommerliche und winterliche Wärmeschutz gewährleistet.

Eine provisorische Anlage mit geringeren baulichen Anforderungen (u.a. Wärmeschutzanforderungen) ist grundsätzlich lediglich temporär für die Dauer von 2 Jahren genehmigungsfähig

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

Die Entwurfspläne liegen der Vorlage als Anhang bei.

Kostenschätzung

Zum Vergleich der Mietvarianten und Kaufvariante sind im Folgenden drei Tabellen mit den Kostenschätzungen für die beschriebene Containeranlage abgebildet.

In den Kostenschätzungen ist die erforderliche Einrichtung noch nicht enthalten.

In den Summen sind bisher keine Lüftungsgeräte, keine Sonnenschutzverglasung (jedoch Raffstores) und keine kindgerechten Sanitäranlagen enthalten.

Optional sind diese Zusatzausstattungen beim Erwerb möglich. Für eine gepflasterte Zuwegung müssten zusätzlich ca. 25.000,- € eingeplant werden (Empfehlung seitens AWO, aktuell Standard). Bei der Miete einer Containeranlage erfolgen die Wartungen durch den Bauherrn, ebenso wie beim Erwerb.

1. Miete der Containeranlage ab 3 Jahren mit Verlängerungsoption:

Kostenzusammenstellung bei 3 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF				
	einmalig	monatlich	36 Monate	
Bauantragszeichnungen	450,00 €			
Brandschutzkonzept	5.000,00 €			
Tiefbau	50.000,00 €			
Aufstellen Container	43.750,00 €			
Stromanschluss	10.000,00 €			
Wasseranschluss	5.000,00 €			
Miete Container		20.800,00 €	748.800,00 €	
Versicherung		672,00 €	24.192,00 €	
Sanitärinstallation	5.000,00 €			
Elektroinstallation	20.000,00 €			
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €			
Rückbau Container	34.300,00 €			
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €			
Elektroausstattung	115.000,00 €			
Akustikdecke	97.000,00 €			
Sockelblende	6.000,00 €			
Sondertüren	10.500,00 €			
Summe	438.000,00 €		772.992,00 €	
19 % MWST	83.220,00 €		146.868,48 €	
Brutto	521.220,00 €		919.860,48 €	
Gesamtkosten für Containermiete 3 Jahre:		1.441.080,48 €		
je weiteres Mietjahr:	257.664,00 €			
Summe für 48 Monate:	1.698.744,48 €		Differenz 36/48 Monate:	257.664,00 €

2. Miete der Containeranlage ab 4 Jahre mit Verlängerungsoption:

Kostenzusammenstellung bei 4 Jahren Mietdauer einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF				
	einmalig	monatlich	48 Monate	
Bauantragszeichnungen	450,00 €			
Brandschutzkonzept	5.000,00 €			
Tiefbau	50.000,00 €			
Aufstellen Container	43.750,00 €			
Stromanschluss	10.000,00 €			
Wasseranschluss	5.000,00 €			
Miete Container		18.600,00 €	892.800,00 €	
Versicherung		672,00 €	32.256,00 €	
Sanitärinstallation	5.000,00 €			
Elektroinstallation	20.000,00 €			
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €			
Rückbau Container	34.300,00 €			
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €			
Elektroausstattung	115.000,00 €			
Akustikdecke	97.000,00 €			
Sockelblende	6.000,00 €			
Sondertüren	10.500,00 €			
Summe	438.000,00 €		925.056,00 €	
19 % MWST	83.220,00 €		175.760,64 €	
Brutto	521.220,00 €		1.100.816,64 €	
Gesamtkosten für Containermiete 4 Jahre:		1.622.036,64 €		
je weiteres Mietjahr:	231.264,00 €			
Summe für 60 Monate:	1.853.300,64 €		Differenz 48/60 Monate:	231.264,00 €

3. Erwerb der Containeranlage mit Abbau und Entsorgung (ohne Verkauf):

Kostenzusammenstellung bei Erwerb einer Containeranlage mit ca. 1.015 qm BGF			
	einmalig	monatlich	36 Monate
Bauantragszeichnungen	450,00 €		
Brandschutzkonzept	5.000,00 €		
Tiefbau	50.000,00 €		
Aufstellen Container	43.750,00 €		
Stromanschluss	10.000,00 €		
Wasseranschluss	5.000,00 €		
Erwerb Container	1.100.000,00 €		
Versicherung intern		500,00 €	18.000,00 €
Sanitärinstallation	5.000,00 €		
Elektroinstallation	20.000,00 €		
GaLa (Außenanlagen)	30.000,00 €		
Rückbau und Entsorgung Container	52.000,00 €		
Einhausung Außentreppe	6.000,00 €		
Elektroausstattung*			
Akustikdecke*			
Sockelblende*			
Sondertüren	10.500,00 €		
Summe	1.337.700,00 €		18.000,00 €
19 % MWST	254.163,00 €		3.420,00 €
Brutto	1.591.863,00 €		21.420,00 €
Gesamtkosten für Containererwerb:	1.613.283,00 €		
*in Erwerb Container enthalten			

Bei einer festgelegten **Mietzeit von 3 Jahren** ergibt sich somit ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.442.000,- €**.

Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 258.000,-€, dies ergibt bei 4 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.700.000,- €.

Bei einer vorher festgelegten **Mietzeit von 4 Jahren** ergibt sich ein geschätzter Kostenrahmen von ca. **1.623.000,- €**.

Je weiterem Mietjahr erhöht sich diese Summe um ca. 232.000,- €, dies ergibt bei 5 Jahren Miete einen Kostenrahmen von ca. 1.855.000,- €.

Der **Erwerb der Containeranlage** würde ca. **1.614.000,- €** kosten.

In diesen Kosten sind ein eventuell später erforderlicher Abbau und die Entsorgung enthalten.

(Sollte die Containeranlage an einem anderen Standort wieder aufgebaut werden, ist dies nur mit gleichem Grundriss wirtschaftlich sinnvoll. Die gesamte Dachdämmung und Abdichtung müsste auf jeden Fall für eine Versetzung entsorgt und anschließend am neuen Standort erneuert werden. Weiterhin bedeutet der Standortwechsel zusätzlich hohe Kran- und Transportkosten sowie Kosten für Rück- oder Umbauten im Innenraum und hinzu kommen alle notwendigen Tiefbau- und Installationsarbeiten, auch am neuen Standort.)

Durch den Raumbestand im Schulgebäude und unter Hinzunahme der Räumlichkeiten im neu zu errichtenden Containergebäude soll die Albert-Schweitzer-Schule die Möglichkeit

erhalten, über die für die Erweiterung der Zügigkeit erforderlichen Räumlichkeiten – wenn auch im Übergang teils stark eingeschränkt – zu verfügen.

Zeitplan

Bei einer zügigen Mittelbereitstellung und Umverlagerung von Projektprioritäten im Arbeitsprogramm der Technischen Gebäudewirtschaft könnte ggf. eine Planung und zum Ende des Jahres eine Ausschreibung der Gewerke für die Containeranlage erfolgen. Die notwendige Bauantragstellung könnte nachfolgend während der Angebotslaufzeit erstellt werden.

Ob eine Errichtung des Objektes für das Schuljahr 2022/2023 durchführbar ist, hängt letztlich von den Lieferzeiten der Gewerke ab.

Inwiefern und wenn ja, in welchem Umfang, noch in diesem Haushaltsjahr Mittel benötigt werden, ist derzeit unklar. Eventuell ist es erforderlich, im 4. Quartal außerplanmäßig Mittel bereitzustellen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
1.614.000,00 €				

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

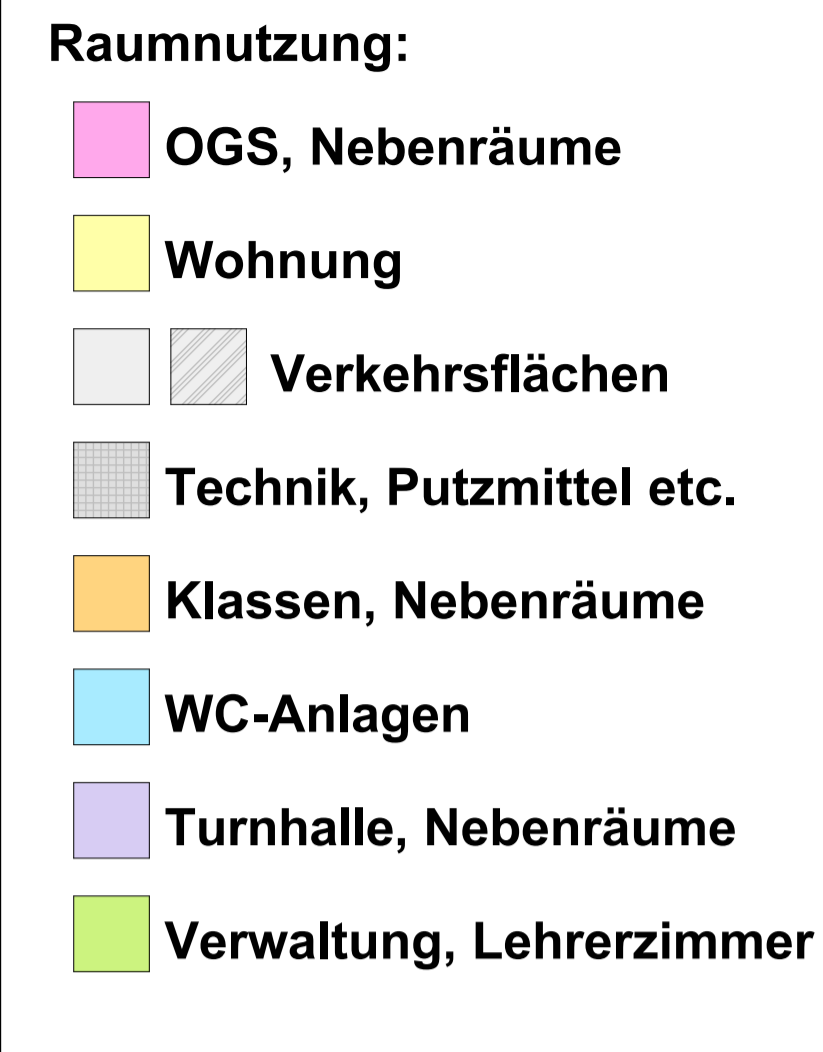
Klimaschutz

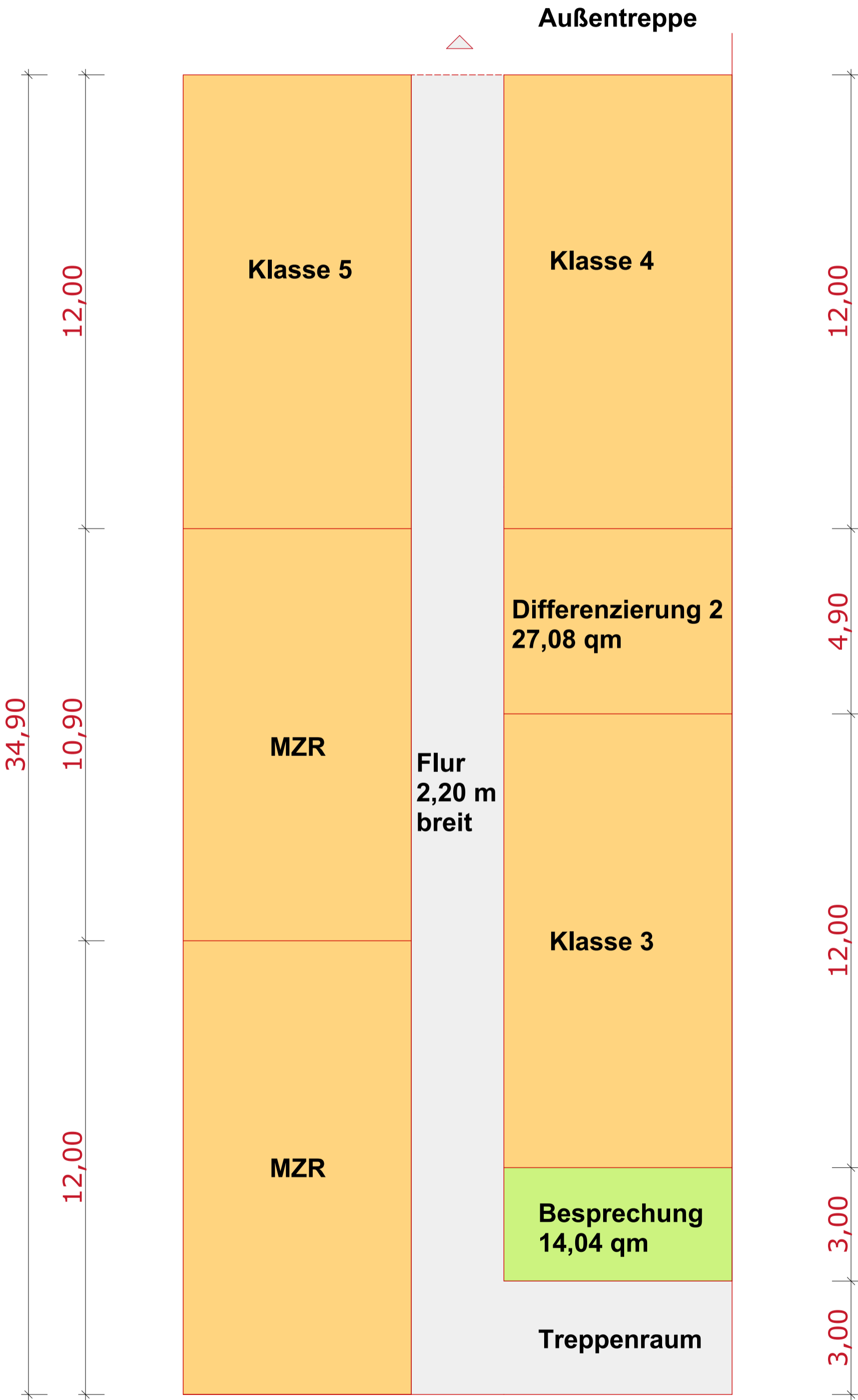
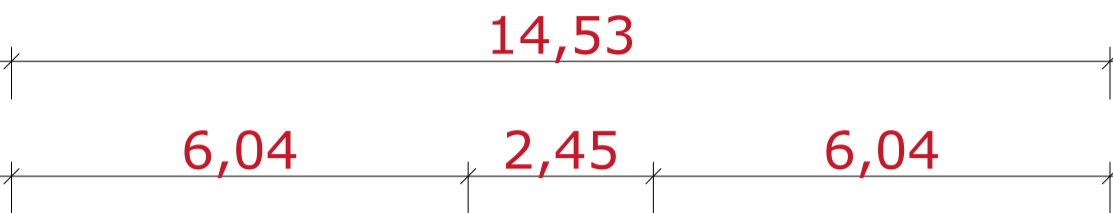
Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.
Schumann
Stadtbaurat

gez.
A. Schmidt
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.






- Raumnutzung:
- OGS, Nebenräume
 - Wohnung
 - Verkehrsflächen
 - Technik, Putzmittel etc.
 - Klassen, Nebenräume
 - WC-Anlagen
 - Turnhalle, Nebenräume
 - Verwaltung, Lehrerzimmer

Vorentwurf

BAUHERR:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
Der Bürgermeister



BAUVORHABEN

Albert-Schweitzer-Schule
Containeranlage

Amselweg 14, 57078 Siegen

ENTWURFSVERFASSER:

UNIVERSITÄTSSTADT SIEGEN
FB 4/4-2,
Techn. Gebäudewirtschaft

Lindenplatz 7, 57078 Siegen

PLAN:

Grundriss Obergeschoss

ZEICHNUNGSNR.:

G-02

MASSTAB:

ENTW./GEZ.:

4/4-2 TGW, Bu

DATUM:

25.05.2021